

# VORWORT

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der  
**SAW**  
Sozialistische Alternative

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

G 10321 E

Nr. 186 Dezember/Januar 1996/97

# Kohl markt krank

## Kohl und Kapital die Zähne zeigen - solange wir noch welche haben

In schwinderlegendem Tempo amputieren Kohl und Kapital Arbeitsplätze, Löhne und soziale Standards. Kaum eine Woche vergeht, ohne daß sich die Herrschenden in Politik und Wirtschaft neue Spar-Operationen ausdenken.

Gerade stieg unser Blutdruck noch wegen Sparpaket und Kürzung der Lohnfortzahlung, da verabschieden sie uns schon die nächste Giftmischung: Gesundheits"reform", ABM-Kürzungen, Abbau von Wehlnachts- und Urlaubsgeld.

**Angela Bankert**

Nicht genug damit, daß wir immer länger und flexibler für immer weniger Geld arbeiten sollen. Wer krank wird, muß sehen wo er bleibt. In der Zweiklassen-Medizin sind Kuren, Brillengestelle,

Vorsorge, usw. für uns nicht mehr vorgesehen. Die "praktische" Nebenwirkung: Wir sterben früher und fallen der Rentenkasse nicht lange zur Last.

Während wir im Krankenbett liegen, werden wir von zwei Seiten in die Zange genommen: zum einen plündert Seehoyer unsere Brieftasche für Zurahlungen, zum anderen überweist der Arbeitgeber weniger Lohn wegen Kürzung der Lohnfortzahlung.

Denn auch nach den Abschlüssen im Metallbereich ist für viele Beschäftigte die volle Lohnfortzahlung keineswegs gesichert, bzw. für einen Teil bereits abgeschafft.

Die Gewerkschaftsführung hat 1996 die Chance vertan, einem gemeinsamen Kampf aller Gewerkschaften gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung und die

Spartolitik zu organisieren und in einem mindestens einjährigen Generalstreik zu hündeln. Die Kampfbereitschaft war vorhanden, wie die große Demonstration in Bonn am 15. Juni 96 und die Streiks bei Mercedes gezeigt haben. Stattdessen wurden unnötige und deswegen faule Kompromisse ausgehandelt, mit denen die Einkommen gedrückt werden.

Während uns erzählt wird, Lohnhöhe, Sozialleistungen, Gesundheitswesen und Renten seien nicht mehr finanzierbar, machen Banken und Konzerne Rekordgewinne, werden die Reichen mit Steuergeschenken bedacht.

Wir brauchen die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle durch drastische Kürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Ein massives Investitionsprogramm in den Bereichen Gesund-



heit, Wohnen, Bildung, Umwelt und Verkehr ist gesellschaftlich notwendig und schafft Arbeitsplätze. Das Geld dafür ist vorhanden. Wir dürfen nur nicht vor den Profiten des Großkapitals und ihrem Exklusiv-Eigentum an den Produktionsmitteln halmachen, sondern müssen uns die demokratische Kontrolle über den von uns allen erwirtschafteten Reichtum durch Überführung in Gemeineigentum sichern.

### Krankes System

Sparpakete, Massenarbeitslosigkeit, Lohnraub, immer dreistere Angriffe der Unternehmer zeigen, daß uns das kapitalistische System keine Zukunft mehr zu bieten hat. Es ist todkrank und liegt auf der Intensivstation, wo es mit aufwendigen und teuren Maßnahmen am

Leben erhalten wird. Die Kosten dafür werden von Dr. Kohl und seinem Rettungsteam auf uns abgewälzt.

Diese Regierung muß weg. Doch was kommt danach? Die SPD ist selber Überträgerin krankheitsrelevanter Kürzungs-Keime. Die Grünen haben sich längst angesteckt. Und die PDS doktriert erfolglos an den Symptomen herum, statt die kapitalistischen Ursachen zu bekämpfen.

Keine dieser etablierten Parteien ist bereit, die Interessen der Masse der Bevölkerung, der Arbeitnehmer, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten zu vertreten. Also müssen wir unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen und Kohl und Kapital die Zähne zeigen, solange wir noch welche haben.

# unser standpunkt „Lieber französische Verhältnisse als amerikanische Zustände“

Dieser Spruch war 1996 immer wieder auf Plakaten und Transparenten bei Gewerkschaftsdemonstrationen zu sehen. Amerikanische Zustände sind das Ziel der Kohl-Regierung und ihrer Auftraggeber in den Chefetagen der großen Banken und Konzerne. 1996 wird als das Jahr in Erinnerung bleiben, in dem die Kapitalisten zum Generalangriff auf die Rechte und Lebensbedingungen der arbeitenden und arbeitslosen Menschen übergegangen sind. Das Bonner Sparpaket, die Versuche die Lohnfortzahlung zu kürzen, die Pläne zur Zerschlagung des Gesundheitswesens, Änderung der Ladenschließzeiten, Lehrstellenmordstand, Unteraufbau von Tarifverträgen - die Diktatur der kapitalistischen Marktwirtschaft ist brutali!

Niemals zuvor war die Schere zwischen Kapital und Arbeit, zwischen arm und reich in Nachkriegsdeutschland größer. Die Unternehmer jammern über mangelnde Konkurrenzfähigkeit und zu hohe Lohnkosten. Sie beschwerten den Standort Deutschland, doch die Tränen in Ihren Augen sind Freudentränen über Rekordgewinne, die Jahr für Jahr eingehauren werden. Gleichzeitig wurde für die Masse der Bevölkerung 1996 eine Spirale nach unten in Gang gesetzt, die kein Ende kennt: Dem ersten Sparpaket werden weitere folgen. Vor dem Hintergrund der Krise dieses Wirtschaftssystems und der Steuergeschenke an die Unternehmer wird Wägelg die Staatsfinanzen niemals in den Griff bekommen. Der Euro, auch wenn er gar nicht kommt, wird weiterhin als Totschlagargument für Sozialkürzungen genutzt werden. 1996 war aber auch das Jahr der Gegenwehr.

Französische Verhältnisse, im Sinne der massenhaften Streiks französischer Arbeiter im Herbst/Winter 1995, hätte es 1996 in Deutschland geben können, wenn die Führung des DGB bereit gewesen wäre, dem Bonner Sparpaket die ganze Kraft der Gewerkschaftsbewegung entgegenzustellen. Doch nach der größten Gewerkschaftsdemonstration seit Bestehen der Republik gingen Zwickel und Schulte keinen Schritt weiter, riefen nicht zu einem einseitigen Generalstreik auf, sondern sie zersplitterten die Proteste und ließen zu, daß der Bundestag das Sparpaket beschließen konnte. Die Kampfberichterstattung bei den Beschäftigten war da. Das zeigten nicht zuletzt die massiven Streiks in der Automobilindustrie, als die Arbeitgeber Anfang Oktober gegen den geltenden Tarifvertrag die Lohnfortzahlung kürzen wollten. Da reichte es, einmal mit der Streikfaust auf den Tisch zu schlagen, um die Bosse zum Rückzug zu zwingen, denn Streiks bedeuten Profilverluste.

Die Wut auf die Reichen und Mächtigen steigt und steigt, was fehlt ist eine starke Oppositionspartei, die keine faulen Kompromisse eingeht. SPD und Bündnis 90/Die Grünen beteiligen sich in Ländern und Kommunen nunmehr an Sozialkürzungen, die PDS-Führung bemüht sich vor allem darum, von der SPD als möglicher Regierungspartner anerkannt zu werden und gibt sozialistische Positionen immer mehr auf.

Die Ereignisse des Jahres 1996 lassen nur einen Schluß zu: die Marktwirtschaft bietet uns keine Zukunft. Sie gehört abgeschafft. Sozialismus ist Notwendigkeit geworden.

# Kohl-Regierung - Gesundheitsrisiko Nr. 1

Die Schülterin bekam den Mund vor fassungslossten Stauen gar nicht mehr zu. Gerade hatte sie von ihrer Freundin erfahren, daß alle Jugendlichen, die nach 1978 geboren sind, nie mehr in ihrem Leben Zahnersatz durch die Krankenkassen bezahlt bekommen.

**Frank Klöbes, SAV Kassel**

Das ist nur eine der zahlreichen Kürzungen im Gesundheitswesen.

- Dritte Stufe der Gesundheitsreform: Nach Einführung der ersten Stufe 1989 hatte der damalige Gesundheitsminister Norbert Blüm behauptet: „Das Ende der bisherigen Abkasserung bei Beitragszahlern und Patienten ist eingeleitet.“ Das Gegenteil ist
- Beitragszahlungen der Versicherten: 125 Mrd DM
- Zusätzliche Zahlungen für Selbstbeteiligung: 13,3 Mrd bisher, 19 Mrd beabsichtigt
- Anzahl der Versicherten: gesetzliche Krankenversicherung: 72 Mio. (1995) private Krankenversicherungen: 7 Mio. (1995)

der Fall. Die zahlreichen bereits beschlossenen und noch geplanten Maßnahmen lassen sich zusammenfassen - weniger Gesundheit für mehr Geld. Beitragsätze und Ausgaben der Krankenkassen und die Zahlungen der Patienten sind weiter gestiegen. Daß es überhaupt nicht um Kostendämpfung geht, beweist die Abschaffung von Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge. Natürlich weiß auch Seehofer, daß vorsorgen billiger wäre als heilen. Aber Therapeuten, Krankengymnasten, und Pflegekräfte,

Beim Krankenkassenvertreter im Jahr 2000 kommt eine Familie zum Krankenkassenvertreter. Der fragt: Weviel Gesundheit hätten sie denn gerne? Sagt die Familie: Wir können 500 DM ausgeben. Sagt der Versicherungsvertreter: Da hätten wir die Grundversicherung für 300 DM. Dann sind Arztbesuch und Diagnose enthalten. Für die Behandlung müssen sie aber eine Selbstbeteiligung von 30% zahlen. Für die restlichen 200 DM könnten Sie noch eine Zusatzversicherung abschließen, falls mal ein Krankenhausaufenthalt fällig ist. Zahnersatz bekommen sie für den Preis leider noch nicht. Aber wenn sie vielleicht noch 200 DM drauflegen könnten? Billiger geht es wirklich nicht.

die sich heute um die Vorbeugung und Rehabilitation kümmern, werden arbeitslos gemacht. Kann man sich einen größeren Widerstand vorstellen? Um die Ausgaben für Krankheit zu senken, müssen die Ursachen bekämpft werden: krankmachende Arbeitsbedingungen, Allergien durch Umweltgifte, Hautkrebszunahme durch das Ozonloch. Die Politik der Regierung geht in die entgegengesetzte Richtung.

Die „Amerikanisierung“ des Gesundheitswesens wird in Deutschland denselben Effekt haben, wie in den USA: Eine angemessene Gesundheitsversorgung gibt es nur noch für Leute, die es sich leisten können. Wie arm jemand ist erkennt man an der Größe der Zahnlücke. Gleichzeitig sind die Gesundheitsausgaben in den USA die höchsten in der Welt.

# Keine Volksaktie, aber das Volk muß zahlen

720 Millionen T-Aktien mit einem Gesamterlös von 20 Milliarden Konten beim Börsengang der Telekom verkauft werden. Aber 900 Millionen DM hat der Börsengang selber gekostet:

Gut die Hälfte der Summe ging an ein Bankenkonzortium. Unter Federführung der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der US-Bank Goldman Sachs hatten sie den Börsengang weltweit mitorganisiert. Die restlichen ca. 400 Millionen zahlte die Telekom für ihre gigantische Werbekampagne und den mit dem Börsengang verbundenen Verwaltungsaufwand. Diese Millionen und die in Zukunft an die Aktionäre gezahlte Dividende muß die breite Masse der Kunden über ihre Telefonrechnung bezahlen. Das war ein wesentlicher Grund für die Gebührenreform vor einem Jahr.

Die Privatisierung der Telekom hat sich als eine Übertreibung an die Banken erwiesen: 54% der T-Aktien wurden von Banken und ihren Investmentfonds gekauft. Die drei Millionen Kleinanleger werden, wie üblich, ihre Stimmrechte an Depotbanken abtreten müssen. Und durch den Kauf von ein paar T-Aktien wird man noch nicht reich und auch nicht mächtig.

Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Telefonkonzerns werden in der Zukunft in den Vorständen der Deutschen Bank, Dresdner Bank und von Goldman Sachs gefällt. 1995 kassierten die Banken fast neun Milliarden DM an Schuldzinsen von der Telekom. Dazu kommt ab diesem Jahr noch die Dividende für ihre Aktienpakete. 1995 mußten dagegen noch 3,5 Milliarden DM Gewinn der Telekom an den Bund abgeführt werden.

Diesen Einnahmestrom hält sich die Bundesregierung über höhere Steuern und Abgaben zurück. Für die Kosten der mit der Privatisierung einhergehenden Vernichtung von 60.000 Arbeitsplätzen bei der Telekom muß ebenfalls die Allgemeinheit aufkommen.

Die Gewinne werden privatisiert - die Kosten sozialisiert. Regierungvertreter und Bankbosse begründen die weltweite Privatisierung von staatlichen Telefongesellschaften damit, daß das Telefonmonopol im je-

1993 zahlte der Chemie-Riese Bayer 8 Millionen DM Telefongebühren für seine Auslandsgespräche. Mit dem Argument, internationale Telefondienste wären billiger als die Telekom, forderte Bayer via Bundespostminister Botsch von der Telekom einen Rabatt und bekam prompt 27 Prozent Preisnachlaß auf alle Auslands-telefonate ab 1994 und einen weiteren Preisnachlaß in 1995. Ab 1. Januar 1996 verbilligte sich die Telefonrechnung nochmal pauschal um 15 Prozent (Anrechnungsbareit der Mehrwertsteuer auf Telefongespräche) und die Auslands-gespräche wurden im Rahmen der Tarifreform noch-

mal billiger. Alles zusammen gerechnet eine Ersparnis für Bayer von 68 Prozent oder knapp 5,5 Millionen DM allein bei den Auslandsgesprächen im Vergleich mit 1993. Bayer machte 1995 eine Gewinnschneise von 2 421 Millionen Euro. 1996 wird das Ergebnis nach Konzernangaben noch deutlich darüber liegen.

## Gewinner und Verliere

Das Geld für die Privatisierung der Telekom fließt nachläßig zugunsten Bayer und der anderen Konzerne. Die Telekom holt sich, was sie den anderen, die oft einen längeren Ortsgespräch mit der Telekom haben, leisten. Denn die Tarife werden teurer. Nutzer konfrontiert. In reich mußte Premierminister Jung versprechen, die Telekom nicht vollständig zu privatisieren - ein Ergebnis der Massenproteste und Streiks in Frankreich Ende 1995. Protesten war maßgeblich im Kampf gegen die Privatisierung der Telefongesellschaft gegründete Gewerkschaft beteiligt.

Diese beiden Beispiele zeigen deutlich, daß sich der Nutzer als auch Beschäftigte international operierende Monopolverbände fast den gesamten weltweiten Kommunikationsmarkt unter sich aufgeteilt haben. Die bisherige Erfahrung mit der Telekom-Privatisierung ist die: Für die Unternehmen wird es billiger, für die breite Masse teurer. Und wo steht denn, daß die Preise für alle senken können? Anhang 1996 war die Telekom nach der Gebührenreform mit der Wut und Empörung der

Jörg Wuttke, SAV



Wie arm jemand ist, wird man demnächst an der Anzahl der Zahnlücken sehen können. Kranke, Behinderte und Pflegebedürftige keine Menschen sondern Unkosten, die ihre Profite schmälern. Wir brauchen ein Gesundheitssystem in dem eine humane Gesundheitsversorgung nicht vom Geldbeutel abhängt, in dem nicht Profite auf Kosten unserer Gesundheit werden. Wir brauchen ein ches, öffentliches Gesundheitswesen. Die Pharmatragzahlern und Patienteneuern, müssen in ihrem Eigentum überführt werden.



Gloria von Thurn und Taxis

An einem großen Wurf wollen sie basteln, die Politiker – an der Steuerreform des Jahrhunderts. Besonders am Herzen liegt ihnen dabei die Senkung des Spitzensteuersatzes. Auch die Kleinrentner sollen angeblich entlastet werden, durch höhere Freibeträge und Absenken des Eingangssteuersatzes. Zur Gegenfinanzierung sollen möglichst viele Steuererleichterungen abgeschafft und Schlupflöcher geschlossen werden.

Angela Bankert, SAV Köln

Gleichzeitig sind aber auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Besteuerung von Renten und Arbeitslosengeld wie auch anderer Sozialleistungen in der Diskussion. Das liefe auf eine Umverteilung der Steuern innerhalb der unteren Einkommensgruppen hinaus. „Steuerprivilegien abschaffen“ lautet das Motto. Wer wollte dagegen sein, angesichts der 1000 ganz legalen Steuertricks“, die ganze Wälder füllen. Aber solche steuerrechtlichen Floskeln verschleiern oft mehr als sie aufdecken. Zu „Steuerprivilegien“ zählen sowohl die Absetzbarkeit von Geschäftsausgaben und des Privatautos als Firmenwagen, als auch Steuererleichterung für Schicht- und Nachtarbeiter. Diese werden in einen Topf geworfen mit Managern, Rechtsanwälten, Steuerberatern und Zahnärzten, und gerechtere Weise nimmt man der Krankenschwester dann auch ihre „Privilegien“ weg.

Massensteuern

Nun besteht aber das Unglück der Krankenschwester und des Schichtarbeiters gerade darin, daß sie eben nicht zu den Privilegierten in dieser Gesellschaft gehören, sondern zur Masse derjenigen, die ohnehin den Löwenanteil am Steueraufkommen bezahlen.

Lücken

Das gilt auch für den Solidari- tätsschlag – mal abgesehen von der Frage, wenn die Solidarität eigentlich gilt, denn von der Einverleibung der Ex-DDR und den staatlichen Transferzahlungen gen Osten profitieren vor allem westdeutsche Konzerne, Banken, Versicherungen und Kaufhäuser. Den Solidari- tätsschlag möchte vor allem die FDP gern wieder abschaffen. Er wird nämlich abhängig von der Einkommenshöhe ent-

1995 betrug die Gesamtein- nahmen des Staates aus Steuern 814,3 Milliarden Mark (siehe Grafiken). Der größte Batzen ist die Lohnsteuer mit 282,7 Milliar- den. Dazu kommt ein ganzes Bündel von Steuern auf den pri- vaten Verbrauch, was wiederum die Masse der Bevölkerung stär- ker belastet. Im Preis für ein halbes Pfund Butter steckt für den Milchwirt und den Sozial- hilfeempfänger die gleiche Mehrwertsteuer. Die Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer ist mit 234,6 Milliarden Mark die ein- träglichste Massenertrags-

Die Grundsteuer wird zum Gutteil auf die Mieter abge- wälzt. Die Vermögenssteuer, die 1995 7,9 Milliarden ein- brachte, hat Waigel den Vermö- genden gerade erlassen. Die Schenksteuer ist nicht ganz eindeutig zuzuord- nen, da Kellergelder wie Cham- pagner darunter fallen. Sie wur- de übrigens von Kaiser Wilhelm für zur Ausrichtung der Marine für den ersten Weltkrieg eingeführt. Mit jeder Flasche Sekt bezahlen wir also immer noch die Kriegs- flote von Kaiser Wilhelm II. Merke: Eine einmal eingeführte Steuer ist schwer wieder loszu- werden.

# Steuerreform – für wen?

Die Autofahrer werden mit 78,7 Milliarden Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuer zur Kasse gebeten, auch dies vor allem eine Massensteuer. Lohnsteuer und Massensteuern bringen dem Staat insgesamt 625,4 Milliar- den ein. Endertrag oder überwiegend den oberen Einkommensklassen zuzuordnen sind nur wenige Steuerarten: Einkommens- und Ertragssteuer, Körperschaft- steuer, Gewerbesteuer, zum Teil die Erbschafts- und Grund- erwerbsteuer. Diese Steuerar- ten bringen aber zusammen nur 113,6 Milliarden.

ben, die Besserverdienenden zahlen also entsprechend mehr. Direkte Steuern auf das Ein- kommen, dazu noch ohne die gleichzeitige Einrichtung von Schlupflöchern, sind aber den Reichen ein Greuel. Eben des- wegen bevorzugen sie die indi- rekten Steuern auf den Ver- brauch.

Weniger von westdeutschen Anle- gem genutzt werden. **Steuerrevolution** Wir brauchen nichts weniger als eine Revolution im Steuer- recht. Die einzigen halbwegs gerechten Steuern sind solche, die am Einkommen, Gewinn

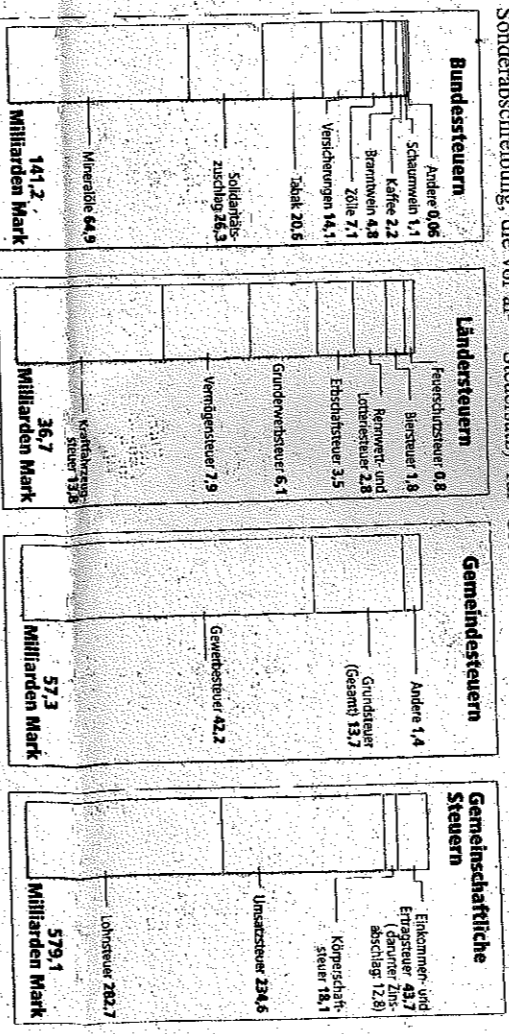
Nötig ist eine Besteuerung von Gewinnen, von großen Vermö- gen und Erbschaften, die auch wirklich greift. Sie müssen ebenso an der Quelle erhoben werden, wie dies heute bei den Lohnsteuer- zahlen geschieht. Ihre Einkom- mensverhältnisse sind dem Fi- nanzamt kein Buch mit sieben Siegeln, ihre Steuern werden gleich vom Lohn einbehalten. Die Aufhebung des Bankge- heimnisses, die Übernahme der Banken in öffentliches Eigen- tum bei demokratischer Kon- trolle, die Beschlagnahme von Anlagen und Vermögen von Unternehmen, die Steuern hin- terziehen oder sich durch Kapi- taltransfer ins Ausland entzie- len, wären wirksame Maßnah- men.

**Lohn- und Massensteuern bringen dem Staat insgesamt 625,4 Milliarden Mark ein. Die Steuerarten, die überwiegend den oberen Einkommensklassen zuzuordnen sind, bringen dagegen nur 113,6 Milliarden Mark.**

Allerdings haben sich die Rei- chen und Besserverdienenden für ihre Solidarität mit dem Osten anderweitig mehr als schadlos gehalten: Die von ih- nen zu zahlende veranlagte Ein- kommensteuer ist seit der Ver- einigung von 41 Milliarden (1995) auf 14 Milliarden (1996) abgesunken. Für Investitionen in den neuen Ländern gibt es nämlich zahlreiche Möglichkei- ten der Steuerminde rung, die vor al- Sonderabschreibung, die vor al-

und Vermögen orientiert sind, also am tatsächlichen materiel- len Standard des Steuerpflich- tigen. Nötig ist die Umschichtung der Steuerentnahmen weg von den indirekten Massensteuern hin zu den direkten Steuern. Nö- tig ist die Abschaffung aller Vergünstigungen und eine ein- fache, klare, direkte Steuer, be- zogen auf die Höhe des Ein- kommens; mit ansteigender Pro- gression (wachsendem (wachsen dem) für Großverdiener.

Für eine solche Steuerreform, für die die SAV eintritt, muß man sich allerdings mit den „oberen Zehntausend“ in dieser Gesellschaft anlegen. Es darf bezweifelt werden, daß eine der etablierten Parteien dazu bereit ist. Und so wird aus dem Jahr- hundertwerk wohl doch wieder nur ein Jahrhunderttschwandel werden.



Quelle: Bundesfinanzministerium

# Hauptsache in der Regierung?

## Grüne ohne Alternative zu Koalitions-Klüngel

Die rot-grünen Koalitionen in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein gelten als Testfall für eine rot-grüne Regierung in Bonn. Viele Grüne-Wähler sind aber schon jetzt enttäuscht vom ständigen Nachgeben und Umfallen seit die Grünen Regierungs-Mit-Verantwortung tragen.

Tatsächlich werden lieber grüne Grundpositionen aufgegeben als die Regierungsbeteiligung. Selbst das umstrittene Atomkraftwerk Krümmel an der Elbe ging unter einem grünen Energiestaatssekretär wieder ans Netz.

### Umweltbewegung

Aber stimmt es überhaupt, daß man als Oppositionspartei gar nichts verhindern oder bewirken kann? In den siebziger Jahren stand die Umwelt- und Anti-Atomkraftbewegung, der auch die Grünen ihren Aufstieg verdanken. Richtig ist, daß diese Bewegung den Bau der Kernkraftwerke nicht verhindert hat

und auch nicht die fortschreiten- de Zerstörung der Umwelt. Aber alles was es heute über- haupt an Umweltschutzgesetzen oder beispielsweise an Sicher- heitsstandards in Kernkraftwer- ken gibt, ist nur durch den Druck, die Proteste und Aktio- nen engagierter Umweltschützer erreicht worden. Welche Pro- tekte organisieren die grünen Lan- desverbände und die Bundes- partei heute? Wo sind die grü- nen Landtags- und Bundestags- abgeordneten, wenn es darum geht, die Castor-Atomüll- transporte zu verhindern? Die Grünen hoffen lieber auf die Einsicht von Unternehmern, jeder grüne Spitzenpolitiker brüstet sich inzwischen mit sei- tern dem guten Verhältnis zu Ver- tretern der Wirtschaft. Es gibt aber nicht ein einziges Beispiel, daß ein Industrieunternehmen auf etwas Profit zugunsten des Um- weltschutzes verzichtet hätte.

Da liegt das Hauptproblem. Die Grünen wollen einfach nicht die schlichte Tatsache an- erkennen, daß in unserer kapita- listischen Wirtschaft an erster Stelle immer der Profit kommt.

Das hat nichts mit Wellenschan- ung zu tun, sondern mit dem Konkurrenzsystem der Markt- wirtschafter. Aber die Grünen ma- chen gar nicht erst den Versuch, eine gesellschaftliche Alternati- ve anzubieten. Gleichzeitig ver- zichten sie auch auf jedweden Kampf außerhalb des Parla- mentssahls und lassen die Um- weltschützer allein im Regen stehen.

### Gegensätze

Welche Möglichkeiten hätte denn eine Partei, z.B. in Sachsen Umweltschutz etwas zu errei- chen? Am Anfang steht die Ein- sicht, daß es in der Politik nicht um unterschiedliche Ideen son- dern um gegensätzliche Interes- sen geht. Für den Unternehmer bedeutet weniger Umweltschutz bares Geld, für die Beschäftig- ten und die Bevölkerung bedeu- tet das dreckige Luft und Gifte im Trinkwasser.

Deshalb geht es auch in der Politik nicht darum, wer im Par-

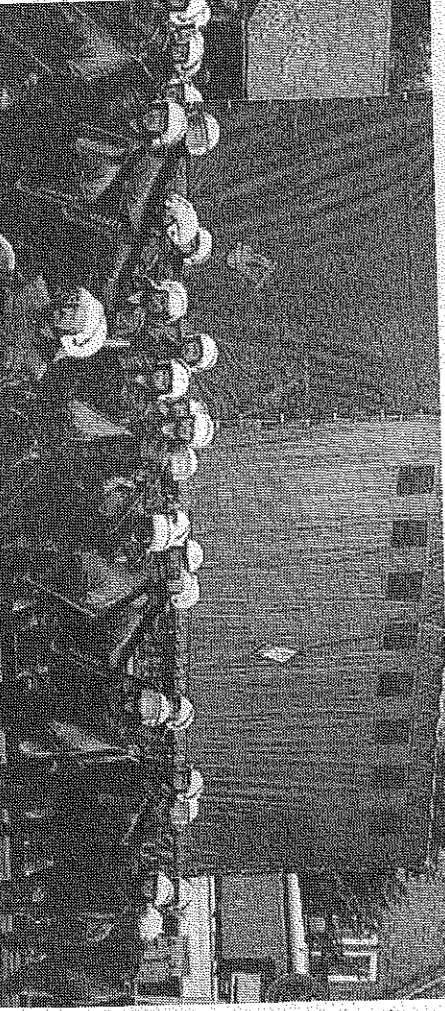
lament am schönsten reden kann, sondern wer für seine In- teressen den stärksten Druck er- zeugt. Die Unternehmer nutzen ihre wirtschaftliche Macht, um Druck zu machen. Kein Tag vergeht, an dem nicht irgendein Vertreter aus den Chefetagen der Wirtschaft mit Arbeitsplatz- abbau droht, falls nicht dieses oder jenes Gesetz zu Gunsten der Unternehmer geändert wird. Dann heißt es etwa: Wenn die neue Autobahn nicht gebaut wird, wenn die Nachflüge für Frachtflugzeuge nicht erlaubt werden, werden „Arbeitsplätze abwandern“.

### Gegendruck

Entweder man gibt diesem Druck nach, oder man muß Gegendruck erzeugen. Dazu braucht man ein Programm, das Arbeit und Umwelt miteinander verbindet. Statt Bau neuer Auto- bahnen-Ausbau der Eisenbahn und des öffentlichen Nahver-

kehrs. Statt gefährlicher Atom- kraftwerke - Investitionen in Energiesparten und alternative Energiequellen. Das geht natür- lich nicht gemeinsam mit den Automobilkonzernen und der Atomindustrie, sondern nur ge- gen sie. Deshalb ist der nächste Schritt, Bevölkerung und Be- schäftigte zu informieren, zu or- ganisieren und zu mobilisieren. Mit Protesten, Demonstratio- nen, Streiks und Aktionen zwi- len Ungehorsams könnten ein- zelle umweltzerstörende Pro- jekte gestoppt werden. Der Kampf gegen Autobahnbaun, Nachtflugterror und Atomkraft muß allerdings verbunden wer- den mit dem Kampf für eine Gesellschaft, in der nicht das In- teresse der Banker und Fabrik- besitzer am Profit zählt, sondern das Interesse der Menschen, in einer gesunden Umwelt leben und arbeiten zu können.

Georg Kümmel, SAV Köln



Castor-Transport: Viel Polizei-Grün aber wo ist die Unterstützung von Partei-Grün?

# Ihr da oben ...



## Lohnfortzahlung für Manager

Die Spitzenmanager und Vorstandsmitglieder deutscher Konzerne erhalten nach wie vor die 100%ige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall — dies ergab eine Studie der Unternehmensberatung Kienbaum (vorgestellt am 29.11.96 in der ARD-Sendung „Bericht aus Bonn“). Dabei werden nicht nur das Grundgehalt, sondern auch „variable Gehaltsbestandteile“ wie Erfolgsprämien u.ä. angerechnet. Da den Managern bei längerer Krankheit das mickrige Krankengeld nicht zuzurechnen ist, haben 90% aller befragten Firmen eine Vereinbarung, nach der die volle Gehaltsfortzahlung über die sechs Wochen hinaus bis zu 12 Monaten garantiert wird.

## Mehrheit will

### Neuwahlen

Nach einer Umfrage des Forsa-Instituts im November halten 53% der Bundesbürger Neuwahlen für die beste Lösung der aktuellen politischen Probleme. Nur noch 19% befürworten die Fortsetzung der derzeitigen Regierungskoalition.

## Mißbrauch

Laut Statistischem Bundesamt entstand 1995 ein Schaden von 6,5 Milliarden Mark durch Wirtschaftskriminalität. Durch sogenannten „Sozialhilfemißbrauch“ sollen es 250 Millionen Mark gewesen sein.

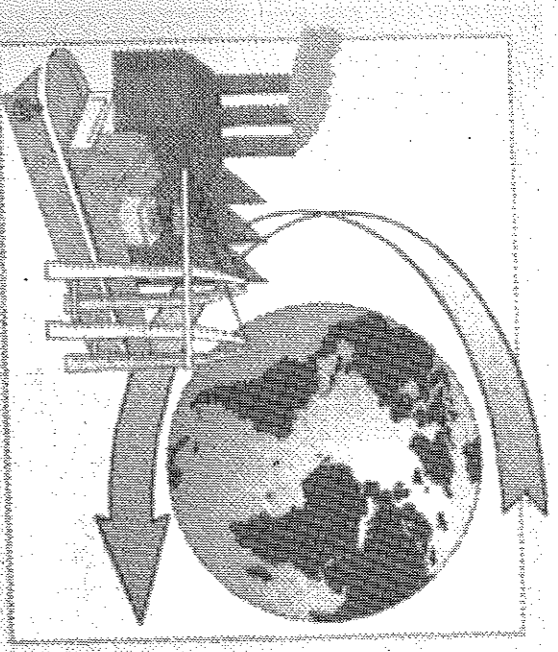
## In Ruhe und

### Frieden

Arthur Axmann, der letzte Reichsjugendführer der Nazis, ist Ende Oktober verstorben. Er leitete bis Kriegsende die Hitlerjugend und den Bund Deutscher Mädel (BDM) der NSDAP. In dieser Funktion schickte er tausende Jugendliche als letztes Aufgebot des Volksturms in den Tod. Dafür erhielt er vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal 1949 eine milde Freiheitsstrafe von 3 Jahren, wurde jedoch unter Anrechnung der Untersuchungshaft sofort auf freien Fuß gesetzt. Fortan lebte er unbehelligt, verkaufte seine Geschichte 1965 an den „Stern“, war als Kaufmann für verschiedene deutsche Firmen tätig, und verstarb im Alter von 83 Jahren friedlich Berlin.



## ... wir hier unten



# Die Märchen vom „Standort Deutschland“

Glaubt man der Regierung, den Arbeitgeberverbänden und der Presse, ist Deutschland für Unternehmer die reinste Hölle. Arbeit ist zu teuer, Steuern erdrückend, Arbeitsplätze müßten ins billige Ausland verlagert werden. Abhilfe könnten nur mehrjähriger Lohnverzicht, die Kürzung der Sozialleistungen und die steuerliche Entlastung der Unternehmen schaffen.

### Claus Ludwig, Köln

Allerdings ist die Bundesrepublik nicht das einzige Land, in dem die Arbeitnehmer dies tagaus, tagen hören. Schweden, Frankreich, die USA, Japan — fast jedes Land hat sein „Standortproblem“.

Werden in Schweden die Löhne gekürzt, wird das deutsche „Standortproblem“ größer, müssen auch hier die Einkommen



„Die steuerliche Belastung der Unternehmen ist zu hoch.“

Außerdem plant die Regierung neue Steuererleichterungen für die Unternehmer und Reichen. Das gilt umso mehr für die Sozialversicherungen. Wegen der Massenarbeitslosigkeit finanzieren immer weniger Arbeitnehmer mit gleichbleibenden Einkommen die Sozialsysteme. Gleichzeitig werden daraus viele Leistungen finanziert, für die die Systeme nicht eingerichtet wurden. Im Gefolge leerer Kassen werden Leistungen abgebaut, die Sozialsysteme kaputtgemacht. Die Unternehmen und Reichen ziehen sich mehr und mehr aus deren Finanzierung zurück.

Obwohl immer mehr Menschen diese Sicherungen in Anspruch nehmen müssen, ist die Sozialquote — das Verhältnis der Sozialausgaben zum Brutto sozialprodukt — in den letzten 20 Jahren gleichgeblieben. Von einer Kostenexplosion für die Unternehmer kann keine Rede sein.



„Deutschland exportiert Arbeitsplätze.“

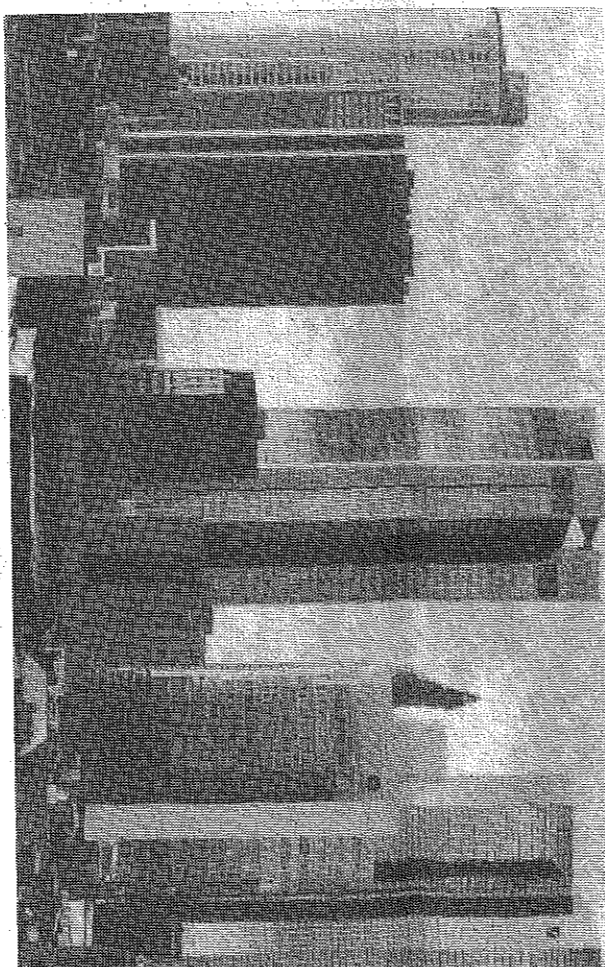
Unter dem Strich werden in allen Ländern Arbeitsplätze durch Rationalisierung vernichtet. Die Menschenleere moderner Industrieanlagen ist auch für Niedriglohnstraten typisch.

Die Aufbau von Betrieben im Ausland ist eher ein Zeichen der Stärke der deutschen Konzerne als von deren Notlage. Eine Senkung des Lohnniveaus verhindern, sondern nur die Profite erhöhen.

# Arbeitsplätze verschwinden ins globale Nichts

„Betriebe werden ins Ausland verlagert, weil die Kosten hier zu hoch sind.“

Die Investitionspositionen deutscher Unternehmen im Ausland sind gestiegen, allerdings nicht in Billiglohnländern, sondern in anderen entwickelten Ländern wie den USA. Dort werden 90 Prozent der deutschen Auslandsinvestitionen getätigt. Der Grund: „Bei unseren Investitionsentscheidungen fragen wir aber zunächst, wo die Wach-



Die „Standort“-Debatte ist die große Keule, die zum Niederdrücken von Löhnen und sozialen Leistungen geschwungen wird. Wir sollen gelähmt und unfähig werden, unseren Lebensstandard zu verteidigen.

Vieles ist übertrieben. Der deutsche Binnenmarkt, die hohe Produktivität und die Infrastruktur sind Gründe für Konzerne, die Produktion hier zu behalten. Bei der Verlagerung von Betrieben in andere Länder ist die Marktnähe viel wichtiger für die Kapitalisten als die Lohnhöhe. Die Kapitalbesitzer wollen die Unterteilung auf ihre Konten durch Arbeitsplatz-Drückung und Lohnsenkungen steigern. Ist es auch Wahnwitz, so hat es doch Methode. „Das Überangebot an Arbeitskräften ist enorm gestiegen. Dank großer Sprünge in der Produktivität kann mit immer weniger Menschen immer mehr produziert werden. Dazu kommt daß die inneren Märkte der jeweiligen Staaten immer weniger in der Lage sind, die enorm gestiegenen Warenpreisen der eigenen Industrie zu kaufen.“

Einziger Hoffnungsfaktor für einen wirtschaftlichen Auf-

SPD-Sonderparteitag/Ausbildungsabgabe

# Vertrag für die Jugend?

Am 25. November 1996 beschaffte sich ein SPD-Sonderparteitag unter dem Motto „Vertrag mit der Zukunft - Neue Chancen für die Jugend“ mit der jungen Generation. Das gab es das letzte Mal 1979. 17 Jahre war die Jugend wohl kein Thema für „Tante“ SPD.

**Marc Treude, Köln**

In den letzten Jahren hat die SPD in den von ihr regierten Ländern und Kommunen die Kürzungspolitik der Kohl-Regierung nach unten weitergegeben. Und ganz unten stehen vor allem Jugendliche. Sei es in der Bildungspolitik oder auch bei konkreten Angeboten - für Jugendliche wird weiterhin gekürzt. Da hilft keine jugendliche

Image-Plage, die SPD bleibt eine Spar-Partei. Mal ehrlich: Welcher Jugendliche nimmt die SPD überhaupt noch als um Reformen kämpfende Partei wahr? Jeder junge Mensch - außer den Juso-Karrieristen - fühlt sich wohl von den „Love-Sozials“ verratscht. Daran wird auch die jetzt beschlossene Ausbildungsabgabe nichts ändern. Worum geht es dabei?

### Ausbildungsabgabe

Nach dem Beschluß sollen alle Betriebe und Verwaltungen ab einer bestimmten Größe einen nicht bestimmten Betrag in einen Fonds einzahlen, so fern ihre Ausbildungsleistungen nicht ausreichend sind. (Zitat aus dem SPD-Beschluß). Welche Größe, welchen Betrag und welche Ausbildungsleistungen werden irgendwann einmal bestimmt. Betriebe, die „ausreichend“ ausbilden, werden dann aus diesem Fonds subventioniert. Wie viel Geld? Die Unternehmer haben für 1996 versprochen, daß zehn Prozent mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden. Tatsächlich haben sie 1996 acht Prozent abgebaut.

Und man will sie noch mit Geld ködern, für ihre nichtgehaltenen Versprechen?

### Wer ausgebildet darf ausbeuten

90% der Ausbildungsplätze

## Willkommen im Freizeitpark Kalk

Ja, viele im Kölner Stadtteil Kalk sind zum Nichtstun verdammte - jeder werte ist Arbeitslos, 18,5% der Jugendlichen unter 25 Jahren steht auf der Straße.

Kriminalität, Gewalt, Drogen - das sind die Themen, die Politiker und Fernsehen interessieren, wenn sie über Kalk reden. Das alles wird wie eine Naturkatastrophe behandelt, dabei ist es hausgemacht.

**Jörg Blumenfeld, SAV Köln**

Noch vor wenigen Jahren war Kalk eine Industrie-Hochburg. Über 10 000 Industrie-Arbeitsplätze gingen in den letzten 10 Jahren verloren. Hagen-Batterie, Deutz-Fahr, die Chemische Fabrik Kalk - alles Unternehmen, bei denen früher viele tausend Menschen in Lohn und Brot standen - gibt es in Kalk nicht mehr.

Gerade die Jugendlichen trifft der Niedergang dieses Stadtteils besonders hart. Ausbildungsplätze sind Mangelware. Die Aussichten auf Arbeit kann sich jeder lebhaft ausmalen und die miese Freizeitsituation tut das Ihre hinzu.

### Gegenwehr

Wichtig ist es heute Gegenwehr zu organisieren. Es hat keinen Sinn, auf Lösungen von denen zu hoffen, die seit Jahrzehnten Wirtschaft und Politik bestimmen. Wenn wir eine Zukunft wollen, dann müssen wir selber Arbeit- und Ausbildungsplätze, ein Jugendzentrum erkämpfen.

In Kalk hat die Sozialistische

# Elitebildung? Nix da!

Während die Lernsituation für den Großteil der Schülerinnen immer schlechter und immer teurer gemacht wird, gibt es eine Ausnahme: An 20% der Gymnasien in Baden-Württemberg soll es möglich sein, nach 12 Jahren das Abitur zu machen, mit bereits vorhandenem Geld und Lehrerinnen, versteht sich.

So kommt es, daß eine Eliteklasse mit 12 Schülerinnen zu-

stande kommt und die normalen auf 33 Schülerinnen aufgefüllt werden, Wahlmöglichkeiten gestrichen werden und die Lehrerinnenversorgung noch mehr zu wünschen übrig läßt.

Zudem kann sich Kultusministerin A. Schavan vorstellen, daß Eliteschülerinnen bei der Vergabe von Studienplätzen bevorzugt werden.

In einer Sonderausgabe der Wirtschaftswache vom Oktober 1996 heißt es: „Leistungslosen werden von der deutschen Wirtschaft ... dringender benötigt als je zuvor...“

### Ziele der Landesregierung

Diese Botschaft nimmt die Landesregierung sehr ernst. Nur wer für die Führungssetze gebraucht wird, soll knifflig eine gute Bildung erhalten. Für den Rest, der sowieso arbeitslos wird oder am Fließband landet, ist sie ihnen zu teuer. An den Ums läuft ein ähnliches Spiel. Durch zusätzliche 100,- DM Rückmeldegebühr und 1000,- DM „Strafe“ für Langzeitstudis (s. Kasten) werden alle die rausgeschmissen, die nebenher jobben müssen und ihr Studium deshalb nicht so schnell durchziehen können.

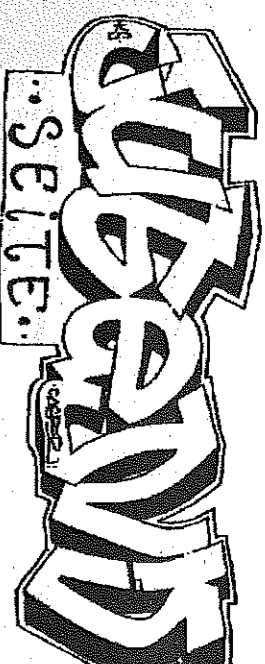
### Proteste

Aber wir lassen uns nicht in Gewinner und Verlierer abstempeln, sondern fordern gleiche Bildungschancen für alle und Rücknahme der Kürzungen, damit nicht der Geldbeutel über unsere Bildung entscheidet. Deshalb hat der Stuttgarter

werden von Klein- und Mittelbetrieben angeboten. Keine qualifizierte Ausbildung in großen Lehrwerkstätten, sondern malochen und Bier holen, heißt dann die Devise. Natürlich ist es für solche Betriebe ein schönes Angebot, wenn eine billige Arbeitskraft subventioniert wird. Vielleicht stellen sie dann wirklich neue Auszubildende ein. Doch so werden keine neuen qualifizierten Ausbildungsplätze geschaffen, erst recht nicht für jeden.

### Lügen über Lügen

Warum beschließt die SPD nicht die Forderung nach Ausbildungsstellen für alle? Das Recht auf Ausbildung haben wir alle, also mußte der Staat dafür sorgen, daß wir dieses Recht auch in Anspruch nehmen können. Weil ihnen die Interessen der



Jugend egal sind. In Köln ist die SPD mit an der Regierung. Schafft sie dort neue Ausbildungsplätze, holt sie das Geld bei den Unternehmen?

### Zukunft erkämpfen

Im Gegenteil: Die Stadt Köln rühmt sich dieses Jahr noch 263 jugendliche auszubilden, 1989 waren es aber noch 481. Wird die SPD nach dem Jugendparteitag hier in Köln neue Ausbildungsplätze schaffen? Wird sie für Köln eine Ausbildungsabgabe beschließen, um die Kölner Betriebe zum Ausbilden zu zwingen? Wie lange müssen wir warten, wenn die SPD in Bonn an der Regierung sind, bis sie

sich über „den Betrag und die Ausbildungsleistung“ geeinigt haben.

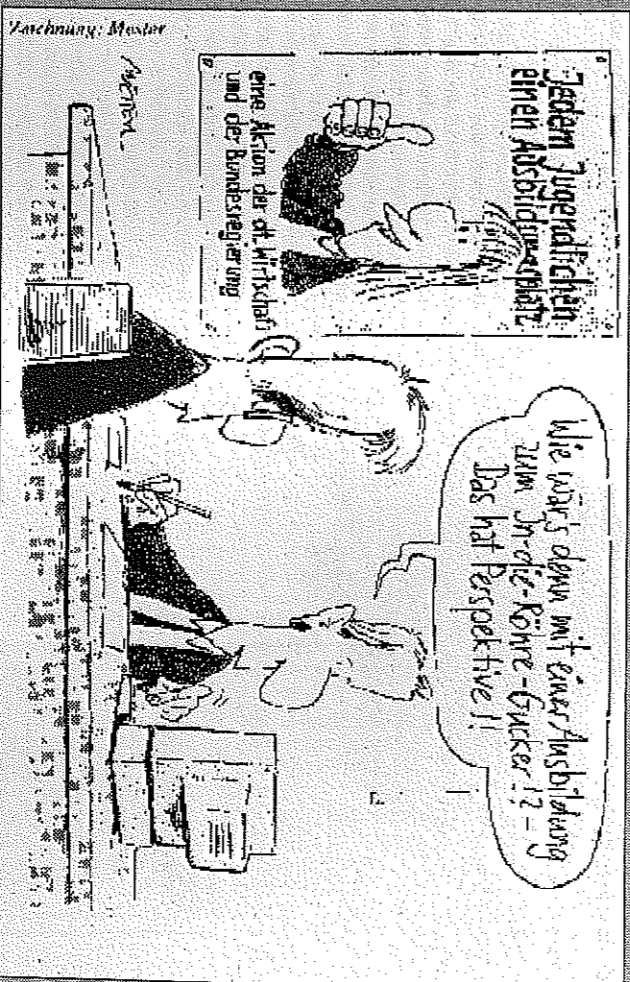
# Politiker einig



Scharping, Latfontaine, Schröder von der SPD

## Der Jugend stehen alle Türen offen

Claudia Nolte, Bundesministerin für Familie und Jugend



SchülerInnenrat (SSR) am 9.1.1996 zusammen mit der GEW, der LehrerInnengewerkschaft, eine Konferenz mit 300 Eltern, Lehrerinnen und Schülerinnen organisiert und eine Protestaktion beschlossen. Jetzt wollen wir gemeinsam dagegen kämpfen. Am 3.12.1996 fand eine landesweite Demo mit 20.000 Eltern und SchülerInnen in Stuttgart statt, zu der verschiedene Vertretungen und Organisationen aufgerufen hatten. Am 7.12.1996 machten 4.000 Studis aus einer Kundgebung eine Spontandemo vor den Landtag und forderten die Landesregierung zum Rücktritt auf.

### SAV-Stuttgart

Der Stuttgarter SchülerInnenrat (unsere österreichische Schwesterorganisation) von den dortigen Kürzungen und der Gegenbewegung berichtete. Bei der Demo am 3.12. hat ein Genosse 28 Zeitungen verkauft. Derartige Erfahrungen zeigen die vorliegende Offenheit für sozialistische Ideen. Auch immer mehr Leute, die noch keine sozialistischen Schlußfolgerungen ziehen, erkennen, daß es nicht darum geht, „besser“ zu sparen, sondern daß das Geld nur in den falschen Händen ist.

**Tinette Schnatterer, Stuttgarter SchülerInnenrat (SSR).**

# Rosa Luxemburg x Karl Liebknecht

## Leidenschaftliche Kämpferin

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 in Polen geboren. Schon mit 16 Jahren war sie Mitglied einer Zelle der revolutionären Partei Polens. Wegen ihrer politischen Aktivitäten wurde ihr beim Abschluss am Gymnasium eine Goldmedaille für besondere Leistungen verweigert. Als 18jährige floht sie vor einer drohenden Verhaftung in die Schweiz.

Sie wirkte eine Reihe von Jahren in der polnischen Arbeiterbewegung mit und war auch nach ihrer Übersiedlung nach Deutschland im Jahr 1898 der Arbeiterbewegung in Osteuropa verbunden, besonders der Polen und Rußlands. In der deutschen Sozialdemokratie wirkte sie bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs als politische Autorin, Journalistin, Parteischullehrerin, Referentin sowie als mitreißende Rednerin auf zahlreichen Massenkundgebungen.

### Anti-bürokratisch

Schon in dieser Zeit stand sie auf dem linken Flügel der SPD. Sie bekämpfte besonders den Reformismus, der einen schrittweisen Übergang zum Sozialismus mittels parlamentarischer Reformarbeit vertrat. In ihrer auch heute sehr aktuellen Schrift „Sozialreform oder Revolution“ setzt sie auseinander, daß „zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzerrennlicher Zusammenhang (besteht), indem der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.“ Früher als andere erkannte sie



Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, Mitbegründerinnen der deutschen und internationalen Frauenbewegung. Als Inschrift für ihre Grabsteine schlug Rosa einmal im Scherz vor: „Hier ruhen die beiden letzten Männer der deutschen Sozialdemokratie.“

Fast die gesamte Zeit des Krieges verbrachte Rosa im Gefängnis, von wo aus sie politische Artikel und Grundsatzzbrochungen nach draußen schmuggelte. Ihr Verhältnis zur russischen Revolution war immer vielen Mißverständnissen ausgesetzt, besonders durch ein nach ihrem Tod veröffentlichtes Manuskript, aus dem der Satz „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ berühmt wurde.

### Russische Revolution

In dieser Schritt warnt sie unter anderem davor, daß die Einschränkung demokratischer Rechte für Feinde der Revolution, was sie als notwendiges Übel im Bürgerkrieg akzeptierte, nicht zur Tugend und Theorie erhoben werden dürfe, weil sonst die Diktatur des Proletariats zur Diktatur einer Partei und schließlich einer Clique verkommen würde. Ihre Kritik erhob sie jedoch auf dem Boden der leidenschaftlichen Unterstützung der russischen Revolution und Bewunderung für die Bolschewiki.

Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft, revolutionären Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben Lenin, Trozki und Genossen vollauf geleistet. Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebracht, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung der russischen Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.“

### Novemberrevolution

Rosa Luxemburg wurde durch den Anspruch der Revolution im November 1918 aus dem Gefängnis befreit. In ihren letzten beiden Lebensmonaten stand sie zusammen mit Karl Liebknecht an der Spitze des revolutionären Teils der deutschen Arbeiterklasse. Zum Jahreswechsel 1918/19 war sie Mitbegründerin der KPD, schrieb das Grundsatzzprogramm und leitete die Redaktion des Zentralorgans „Rote Fahne“. Sie setzte sich für die vollständige Machtübernahme durch die Arbeiter- und Soldatenräte ein, warnte aber auch vor revolutionärer Ungeduld in den eigenen Reihen: „Erst die Massen erobern, dann die Macht.“

Geistige Kühnheit, kritisches Denken, schöpferische Anwendung der marxistischen Methode, beißende Polemik und Ironie in der politischen Auseinandersetzung, bedingungsloser Einsatz ihrer Lebensenergie für das sozialistische Ziel – dies kennzeichnete die leidenschaftliche revolutionäre Kämpferin Rosa Luxemburg. Am 15. Januar 1919 wurden sie und Karl Liebknecht von Soldaten einer reaktionären, monarchistischen Freikorps-Einheit ermordet, die unter dem direkten Befehl des sozialdemokratischen Ministers Noske standen.



Am Tag des Aufstands in Berlin, am 9. November 1918, rief Karl Liebknecht vom Balkon des königlichen Schlosses in Berlin die „freie sozialistische Republik“ aus.

## „Soldat der Revolution“

Der Kampf gegen Militarismus und Krieg war Karl Liebknecht sozusagen in die Wiege gelegt. Als er am 13. August 1871 geboren wurde, stand sein Vater Wilhelm Liebknecht zusammen mit August Babel unter Anklage des Hochverrats, wegen ihrer oppositionellen Haltung im deutsch-französischen Krieg.

Karl studierte Rechtswissenschaft und Nationalökonomie; 1893/94 leistete er seinen Militärdienst ab. Die Forderung nach Abschaffung des stehenden Heeres und nach Einführung der Volksbewaffnung war zu jener Zeit eine der wichtigsten Forderungen in den Grundsatzzprogrammen der SPD.

### Antimilitaristische Jugendarbeit

Liebknechts besonderer Einsatz in der SPD galt der antimilitaristischen Jugendarbeit. Er war Mitbegründer und erster Präsident der sozialistischen Jugendinternationale, die 1907 gegründet wurde. Seine Parole hieß: „Wer die Jugend hat, hat die Armee.“ Für ihn war klar, daß die Armee nur so lange im Interesse der Herrschenden eingesetzt werden kann, solange die Soldaten die Propaganda und Heuchelei glauben, solange sie den Klassen Gegensatz in Gesellschaft und Armee nicht durchschauen. Antimilitaristische Erziehung sollte die Jugend gegen den ideologischen und disziplinären Kasernendrill wappnen.

Wegen seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ wurde er 1907 wegen Hochverrats zu eininhalb Jahren Festungshaft verurteilt. Seinen Prozeß funktionierte er in eine vernichtende Anklage gegen den Staatsapparat um. **Parlamentsarbeit** Karl Liebknecht steht aber auch für vorbildliche revolutionäre Arbeit in bürgerlichen Parlamenten. Mit 31 Jahren wurde er in die Berliner Stadtvorordnetenversammlung gewählt.

Während er seine Haftstrafe absitz, wurde er als Stadtvordneter wiedergewählt und errang auch ein Mandat im preussischen Landtag. 1912 wurde er Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Potsdam. Er nutzte die Tribüne des Parlaments für aufsehenerregende Reden und als Hebel für außerparlamentarische Mobilisierung. Am Vorabend des ersten Weltkriegs enthielt er einen Bestechungskandal, in dem Krupp-Manager, Heeresoffiziere und Regierungsbeamte verwickelt waren, der weltweites Aufsehen erregte.

### Kriegskredite

Als die SPD-Reichstagsfraktion im August 1914 ihre Zustimmung zu Krieg und Kriegskrediten gab, wurde Liebknecht klar, daß die SPD-Führung sich offen auf die Seite der Herrschenden geschlagen hatte. Im Dezember 1914 stimmte er als einziger Reichstagsabgeordneter gegen die Kriegskredite. Er nutzte die Parlamentaristruhe für Reden gegen den Krieg und die Geschäfteleute des Großkapitals. Im Februar 1915 wurde Liebknecht in den Krieg eingezogen. Er entzog sich der Einberufung nicht, denn individuelles Desertieren oder Kriegsdienstverweigerung sah er nicht als sinnvolle Strategie gegen Krieg und Militärpolitik an.

Liebknechts Ziel war vielmehr der Aufbau einer einheitlichen revolutionären Bewegung von Arbeitern und Soldaten. Er nutzte sein Ansehen als Reichstagsabgeordneter und Symbolfigur der Anti-Kriegsbewegung dazu, während seines Kriegsdienstes individuell Befehle zu verweigern, insbesondere den Dienst an der Waffe und Schießbefehle. Dadurch und durch seine Aufklärungsarbeit verschaffte er sich enorme Popularität unter den Frontsoldaten. Während Fronturlauben war Liebknecht jede politische Tätigkeit verboten, die über die direkte Ausübung seines Reichsgemandsats hinausging. Er hielt sich nicht daran, beteiligte sich an Versammlungen linker SPD-

Mitglieder, began seine schäre „Klassenkampf gegen den Krieg“, organisiert einen Kriegs-Kundgebung, so das Flugblatt „Der Haupt steht im eigenen Land“. Bei der 1. Mai-Kundgebung in Berlin hielt Liebknecht eine Rede unter dem Titel „Nieder mit dem Krieg, mit der Regierung“. Er vom Kundgebungsplatz verhaftet und in einem Hofratsprozeß unter Ausschluß Öffentlichkeit zu vier Zuchthaus verurteilt, was die Aberkennung seines tagsmandats bedeutete.

### Sozialistische Republik

Der Widerstand in der Kerne gegen den Krieg, immer mehr an, auch sport durch die russische Revolution. 1917/18 gab zunehmende Anzahl Straßendemonstrationen, die schließlich in eine revolutionäre Bewegung der Soldaten und mündete.

Die Revolution betraf Liebknecht am 23. Oktober dem Zuchthaus Luckauer in Berlin eintraf, wurde 20.000 Arbeitern und stürmisch begrüßt. In Rede vor den Versammlung er dazu auf, dem russischen Revolution folgen. Er setzte seine ganze Kraft ein für den Erfolg der Revolution, für den Aufbau einer demokratischen Republik selbst als „Soldat der Revolution“.

Am Tag des bewaffneten Aufstands in Berlin, am 9. November, rief er von Balken, die neue sozialistische Republik. Auf dem Gründung der KPD zur Jahreswende 1918/19 hielt Liebknecht die Rede über die „Krise der Revolution“. Er wurde in die Zentrale gewählt. Im Januar 1919 vertrat er die KPD in Verhandlungen mit den Bolschewiki. Er nutzte seine Anwesenheit in Berlin, um die revolutionäre Bewegung zu stärken. Am 15. Januar 1919 wurde er ermordet.

# „Interview“ mit Rosa und Karl über die PDS

## Sozialismus neu buchstabieren

In der DDR gab es zwar Staatsigentum an Produktionsmitteln, aber die Arbeiter waren beherrscht von der SED-Diktatur. Worin besteht Eurer Meinung nach das Wesen des Sozialismus?

Rosa: Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst und in bewußter freier Selbstbestimmung zu leiten. Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft – die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte, durch eigene Klassenorgane – die Arbeiter- und Soldatenräte ersetzen, alle staatlichen Behörden bis an dem eigenen Klasseninteresse und den sozialistischen Aufgaben messen.

Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus gibt es mehr denn je Zweifel daran, ob der Sozialismus möglich ist. Wie würde Ihr diese Zweifel entkräften?

Karl: Verwirrung herrscht (...) und mancher klagt darüber die sozialistischen Grundsätze an. Aber nicht unsere Grundsätze haben versagt, sondern ihre Vertreter. Nicht zu ändern gilt unsere Lehren, sondern sie lebendig zu machen, zur Tat zu gestalten. Die PDS bekämpft sich zum So-

zialismus wie die SPD zu Eurer Zeit. Und genauso wie bei der SPD früher ist ihr Programm nur noch ein Reformprogramm.

Rosa: Die Theorie von der stufenweisen Einführung des Sozialismus läuft hinaus auf eine altnährliche Reform des kapitalistischen Eigentums und des kapitalistischen Staates. Beide entwickeln sich jedoch kraft objektiver Vorgänge der gegenwärtigen Gesellschaft nach einer gerade entgegengesetzten Richtung. Der Produktivprozess wird immer mehr vergesellschaftet (...) Aber gleichzeitig wird das kapitalistische Privatigentum immer geschlossener und unantastbar, und die staatliche Kontrolle wird immer mehr von ausschließlichen Klasseninteressen durchdrungen.

Die PDS legt heute ihren Schwerpunkt auf die Eroberung von Parlamentssitzen. Was heißt Ihr davon?

Rosa: Ich meine, die Geschichte macht es uns nicht so bequem, wie es in den bürgerlichen Revolutionen war, daß es allen Gewalt zu stützen und durch ein paar Dutzend neue Männer zu ersetzen. Wir müssen von unten auf arbeiten, und das entspricht gerade dem Massencharakter unserer Revolution. Heißt das, eine Mehrheit im Parlament für eine Arbeiterparlament ist noch lange nicht die Machtergreifung der Arbeiterklasse?

Rosa: Die Notwendigkeit

selbst der Errichtung der politischen Macht durch das Proletariat war ebenso für Marx wie für Engels zu allen Zeiten außer Zweifel. Und es blieb Bernstein vorbehalten, den Hühnerstall vorbehalten, den gewaltigste

des bürgerlichen Parlamentarismus für das berufene Organ zu halten, wodurch die gewaltigste weltgeschichtliche Umwälzung, die Überführung der Gesellschaft aus den kapitalistischen in sozialistische Formen, vollzogen werden soll.

Ihr selbst habt aber immer die Notwendigkeit der Beteiligung an Parlamentswahlen betont. Karl, Du warst bereits 1902 Berliner Stadtratsrat, später Abgeordneter im preußischen Landtag und schließlich Reichstagsabgeordneter. Du hast bei deinen Parlamentswahlen die bürgerlichen radikal angegriffen. Was macht einen echten sozialistischen Abgeordneten aus?

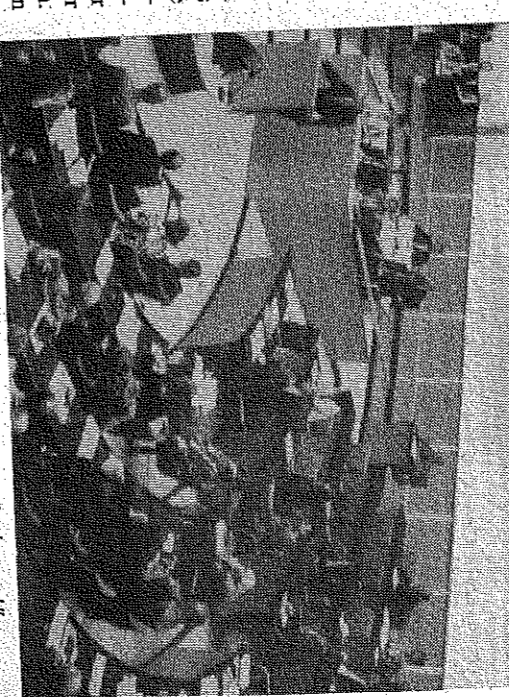
Karl: Das Wesentliche des Radikalismus ist immer und eben nur, daß er die Quelle unserer Macht nie verläßt. Diese Quelle, das sind die Massen, und sie entspringt nicht im Parlament, sie mündet nur zum Teil auch da. Diese Quelle soll uns nicht verschüttet werden durch Geheimnistuerei, durch Diplomatie, dadurch, daß man im verborgenen Stübchen parlamentarischer Staatsämner die Geschichte der Massen zu regulieren sucht, während die Massen nicht wissen, was da geschieht. Wie erklärt sich, daß viele

PDS-Funktionäre, wenn sie einmal im Parlament sind, sich so schnell anpassen?

Karl: Das ist der verhängnisvolle Zirkel, in dem sich die großen, zentralisierten, mit fest besetzten Funktionen versehenen Organisationen bewegen, daß sie in dieser Berufsbirokratie eine den revolutionären Interessen des Proletariats geradezu feindliche Schicht nicht nur erzeugen, sondern zu ihrem Bevollmächtigten, Führer und gar leicht Tyrannen machen, die ein energisches Interesse gegen eine revolutionäre Politik des Proletariats hat, während die geistige und moralische Selbständigkeit, der Wille, die Initiative, die Eigenaktion der Massen zurückgedrängt oder gar ganz ausgeschaltet werden. Zu dieser Bürokratie rechnen auch die besetzten Parlamentarier.

Wie läßt sich das verhindern?

Karl: Bei der Wahl der Funktionäre muß das entscheidende Gewicht auf ihre Erprobung im entschlossenen, schlagfertigen revolutionären Handeln, im revolutionären Kampfeinsatz, in rücksichtsloser Opferwilligkeit unter bereitwilliger Einsetzung der ganzen Existenz gelegt werden. Die Erzielung der Massen und jedes einzelnen zu geistigen und moralischen Selbständigkeit, zur Autoritätsgläubigkeit, zu entschlossenen Eigeninitiativen, zur freien Aktionsbereitschaft und -fähigkeit bildet, wie die einzige sichere Grundlage für die Entwicklung einer ihrer

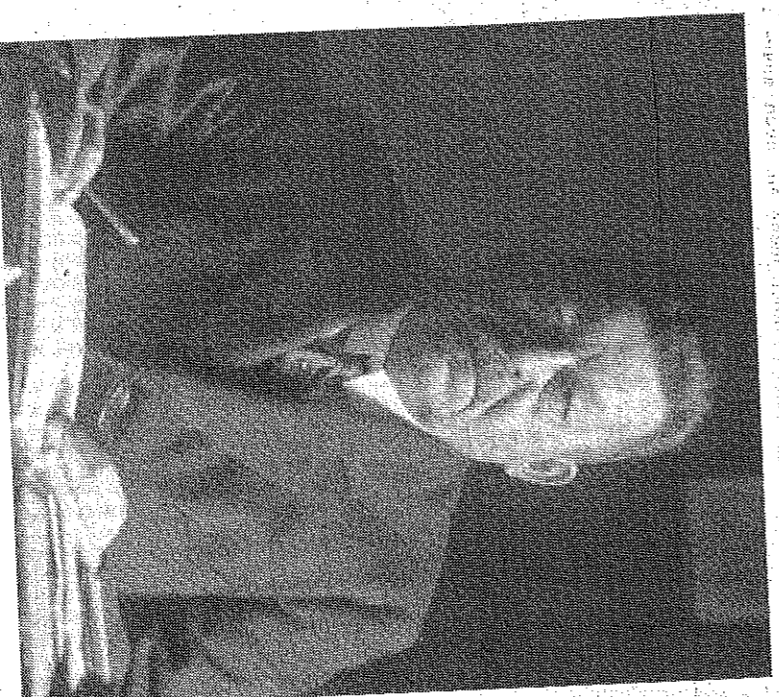


„Die Quelle der Macht entspringt nicht im Parlament“

historischen Aufgaben gewonnen werden. Überzeugung und Vertrauen ist nötig; Klarheit über Weg und Voraussetzung für die Ausübung der bürokratischen Gefahren. Nachdem die SPD den Sozialismus aufgegeben hatte, mußte Ihr wieder von vorne anfangen eine neue sozialistische Bewegung aufzubauen. Heute ist es auch so, daß die Arbeiter keine Partei mehr haben, die konsistent ihre Interessen vertritt. Was ist zu tun?

Karl: Mit dem Buchstabieren der sozialistischen Grundlehren

muß heute (...) neu begonnen werden. Überzeugung und Vertrauen ist nötig; Klarheit über Weg und Ziel. Sollen wir darum vor unserer Aufgabe zurückschrecken, weil sie schwer ist? Wir sehen den leuchtenden Stern, der uns den leuchtenden Stern, der uns die Richtung weist. Dunkel ist das Meer, stürmisch und voller Klippen. Sollen wir darum das Ziel aufgeben? Wir halten die Augen offen und meiden die Klippen – und steuern unseren Weg – und werden zum Ziel gelangen – trotz alledem. ■



Friedrich Ebert

„Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde“. Das erklärte SPD-Vorsitzender Friedrich Ebert am Vorabend der November-Revolution 1918. Aber es war keine andere Kraft als die Arbeiter und Soldaten, die den Krieg beendeten, den Kaiser davonjagten und die Diktatur beendeten.

Und darüberhinaus wurden die größten Sozialreformen aller Zeiten durchgesetzt: 8-Stunden-Tag, staatliche Arbeitslosenversicherung, Kollektiv-Tarifverträge, gleiches und allgemeines Wahlrecht. Die Arbeiter- und Soldatenräte waren damals eine echte Gegenmacht zu den Unternehmern und der alten bürgerlichen Staatsbürokratie. Sie hätten sich zu den Staatsorganen eines sozialistischen Deutschlands entwickeln können, wäre die Revolution damals vollendet worden, nämlich Unternehmer und Großgrundbesitzer enteignet, der alte preussische Staatsapparat vollendet einmacht worden. Doch dazu sollte es nicht kommen. Die SPD-Führung rettete die Großindustriellen, Bankiers, ihre hohen Staatsbeamten und sich selbst vor der Revolution. Die Revolution hatte die SPD-Führung an die Spitze der Staatsmacht gebracht. Hier

## Die SPD-Führung hat den Doppelmord zu verantworten

nutzte sie ihre Autorität gegenüber den Arbeitern, um die Revolution zu stoppen bzw. zurückzuführen. Wo Worte nicht ausreichen, setzte sie militärische Gewalt gegen die Arbeiter und Soldatenräte ein. Sie veranlaßte die Ermordung der führenden Köpfe der Revolution: Luxemburg und Liebknecht.

### Noske

Schon kurz nach der November-Revolution hetzte die SPD-Führung in ihrer Presse und in Flugblättern zum Mord an den führenden Revolutionären auf. Dem Reichstags-Wachregiment war eine „Helferdivision/Sektion 14“ beauftragt, dem mit Wissen von SPD-Regierungsmitgliedern ein Kopfgeld für die „Liquidierung“ von Rosa und Karl zugesagt war. Die Hauptrolle bei ihrer Ermordung spielte Militär-Minister Gustav Noske. Die reaktionären Freikorps, die den Doppelmord durchführten, unterstanden seinem Befehl. In Zusammenarbeit mit Hauptmann Pabst, dem Kommandeur des größten Freikorps im Dienst Noskes, werden Liebknecht und Luxemburg verhaftet und ermordet. Nach der Ermordung wird Pabst in die Reichskanzlei eingeladen, wo ihm Noske folgt ein Gerichtsverfahren vor einem Kriegesgerichtsrat, der

von Pabst eingesetzt wird. Pabst an Joms, der später Ankläger an Hitlers Volksgeschichtshof wird, leitet die Untersuchung. Er fälscht Akten, vertuscht Beweise, setzt auf Zeitverdrögerung und läßt die Täter laufen. Die zivilen Beisitzer treten aus Protest von der Untersuchung zurück. Als das Verfahren im Sande verläuft, veröffentlicht Leo Jomies, der langjährige Freund von Rosa Luxemburg, Zeugnisaussagen, die die Regierung unter Druck bringen. Eine Wiederaufnahme des Prozesses ist unvermeidlich. Doch es wird vorgesorgt. Richter wird Wilhelm Canaris, späterer Abwehrchef Hitlers, Bestechung, Erpressung und massive Einschüchterung sind die Begleitmusik eines schamlosen Lügenprozesses. Die meisten der am Mord beteiligten Offiziere werden freigesprochen. Zwei erhalten alibi-mäßige lächerliche Gefängnisstrafen. Als einer davon namens Vogel verurteilt über die Strafe droht, gegen Kommandeur Pabst auszusagen, verständigt sich die Oberen, ihn verschwinden zu lassen. Richter Canaris verschafft ihm einen falschen Paß und läßt ihn nach Holland ausfliegen. Als der Druck auf die Auslieferung immer größer wird, ordnet Noske schließlich persönlich die Befreiung Vogels von weiterer Strafverfolgung an.

### Nachkriegsjustiz

Doch Mord ist nicht gleich Mord. Die Mörder von Luxemburg und Liebknecht wurden auch im Nachkriegsdeutschland nicht verfolgt, und das obwohl die Beweislage immer klarer wurde.

Pabst selbst hat in seinen Memoiren und in Interviews mit Journalisten in den 60er Jahren feindselig über die Tatumsstände und Mörder geplaudert und gepöbeln. Pabst gab zu, daß ein Marineoffizier namens Souchon Rosa Luxemburg erschossen hatte. Weder er selbst, der den Mordbefehl erteilte, noch die Mörder kamen vor Gericht. Stattdessen prozessierte Souchon gegen den Journalisten, der die Wahrheit über die Ermordung von Rosa Luxemburg detailliert ans Licht der Öffentlichkeit brachte. 1969 kam es vor dem Landgericht Stuttgart zu einem Prozeß. Souchons Anwalt war auch erfolgreicher Verteidiger von Krupp und anderen Steigbügelhalmern Hitlers

in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen. Pabst ließ sich als vernunftunfähig erklären und weigerte sich, vor Gericht zu erscheinen. Das Gericht selbst bewertete alle zitierten Aussagen von Pabst als unglaubwürdig. Die Aussage des Leiters des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Günther Nollau, wurde ignoriert. Er hatte 1959 eine Begründung mit Pabst, in dem dieser ihm genau das gleiche sagte wie später dem Journalisten. Das Gericht stütze sich bei seinem Urteil einzig und allein auf die gefälschten Untersuchungsunterlagen des Freikorps von 1919. Im Namen des Volkes wurde entschieden, daß der Journalist unrecht habe und Souchon unschuldig sei. Der Journalist und der Stuttdeutsche Rundfunk, der die Recherchen veröffentlicht hatte, wurden per Gerichtsbescheid zum Widerruf in der Tageschau (!) verpflichtet. Eine Benützung wurde abgelehnt. Der bürgerliche Staatsapparat und die SPD-Führung sind sich bis heute einig bei der Verurteilung der Wahrheit über die Ermordung der prominentesten und populärsten Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Diese Seiten wurden zusammengestellt von Uwe Beck, SAV-Bundesvorstand

# USA: Arme und Arbeiter sind die Verlierer!

Der teuerste Wahlkampf der US-Geschichte ist beendet. Das Ergebnis: Alles bleibt beim Alten. „Slick Willie“ Clinton hat sich im Kampf um das Präsidentenamt gegen den vergräßenen Reaktor Dole durchgesetzt. In beiden Häusern des Kongresses konnten die Republikaner ihre Mehrheit verteidigen.

Bedeutet das, daß die Amerikaner zufrieden mit den herrschenden Parteien und Politikern und mit den bestehenden Verhältnissen sind? Ganz im Gegenteil, meint Daniel Beltruzzi von der SAV-Aachen.

Organisation) arbeitet fast jeder fünfte zu Löhnen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Um bei Stundenlöhnen von 5-6 \$ überleben zu können, müssen viele dieser „working poor“ (arbeitende Arme) gleich zwei oder drei Jobs annehmen.

## Gebrochene Versprechungen

Die Präsidentschaftswahlen 1992 harte Clinton noch mit Versprechungen wie der Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung, einer Kürzung der Militärausgaben um ein Drittel und mehr sozialer Gerechtigkeit gewonnen. Clinton

ten rutschen immer weiter ins Elend ab. Fast 40 Millionen Menschen und jede dritte afro-amerikanische Familie lebt unter der offiziellen Armutsgrenze.

## Militarismus und Repression

Das Einzige was nicht gekürzt wird sind die Ausgaben für Polizei und Militär. Jedes Jahr verpulvert die US-Regierung 260 Milliarden \$ für Rüstung. Nach bewährtem Muster wird mit aggressiver Außenpolitik die unsoziale Innenpolitik kaschiert. Mit Sanktionen gegen unliebsame Staaten wie Kuba, Iran und

vielleicht noch eine Spur härter. Besonders Newt Gingrich, Sprecher der Republikaner im Repräsentantenhaus und laut Wall Street Journal der „juppuläste Politiker überhaupt“, tat sich mit ultrarechten Parolen hervor. Ihm gegenüber fiel es selbst Clinton nicht schwer, sich als „Mann der kleinen Leute“ darzustellen.

Die Wahl zwischen Dole und Clinton war also wie eine Wahl zwischen Pest und Cholera. Als Alternative dazu versuchte sich Ross Perot zu präsentieren. Daß aber der Multi-Milliardär, der die Millionen für seinen Wahlkampf ohne mit der Wimper zu zucken rauspulte, Amerikas Arbeitern und Armen keine Perspektive zu bieten hatte, war klar. Sein Stimmanteil halbierte sich auf 8%. Der Grüne Ralph Nader erreichte ohne Wahlkampagne mit 600.000 Stimmen immerhin fast 3%. Das Bedirnis der amerikanischen Wähler nach einer Alternative zu den Republikanern.

## Gewerkschaften

Angewidert von der Schlammschlacht der großen Parteien im Wahlkampf, die doch beide dieselbe Politik gegen die „kleinen Leute“ machen, blieb der größte Teil der Wähler einfach zu Hause. Mit 49% war die Wahlbeteiligung so niedrig wie seit 1924 nicht mehr. Das bedeutet, daß Clintons „überwältigende“ Mehrheit gerade einmal 1/4 der

wahlberechtigten US-Bevölkerung ausmacht.

Widerstand gegen die Kahl-schlagpolitik von Kapital und Regierung findet vor allem in den Betrieben und über die Gewerkschaften statt. Während die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer bis 1994 kontinuierlich auf nur noch 13 Millionen (15%) gefallen ist, beginnen jetzt vor allem Arbeiter in Billiglohn-Jobs sich zu organisieren. Besonders Angehörige von Minderheiten und Frauen beteiligen sich an den Aktionen der Gewerkschaft. Laut einer Newsweek-Umfrage ist die Zahl der Amerikaner, die von der Notwendigkeit der Gewerkschaften überzeugt sind, von 55 auf 62% gestiegen.

Aber auf politischer Ebene greift die Führung der Gewerkschafts-Dachverbandes AFL-CIO den existierenden Ummut nicht auf. Trotz der Arbeiter- und Armenfeindlichen Politik der Clinton-Regierung haben die Gewerkschaftsführer bei den Wahlen die Demokraten als das angeblich „kleinere Übel“ massiv unterstützt. Die 79 Einzelgewerkschaften erhöhten sogar ihre Mitgliedsbeiträge, um die zusätzlich eingenommenen 35 Mio. \$ im Wahlkampf für die Demokraten wegzuworfen.

## Labor Party

Das Fehlen einer Alternative zu den etablierten Parteien des Kapitals ist vielen bei diesen Wahlen deutlich geworden. So kommentiert zum Beispiel

Mary Ellen Cox, Büroangestellte aus Ohio: „Ich kann mich nicht erinnern, daß ich jemals so unentschlossen war. Ich wünschte, es gäbe noch einen anderen Kandidaten.“

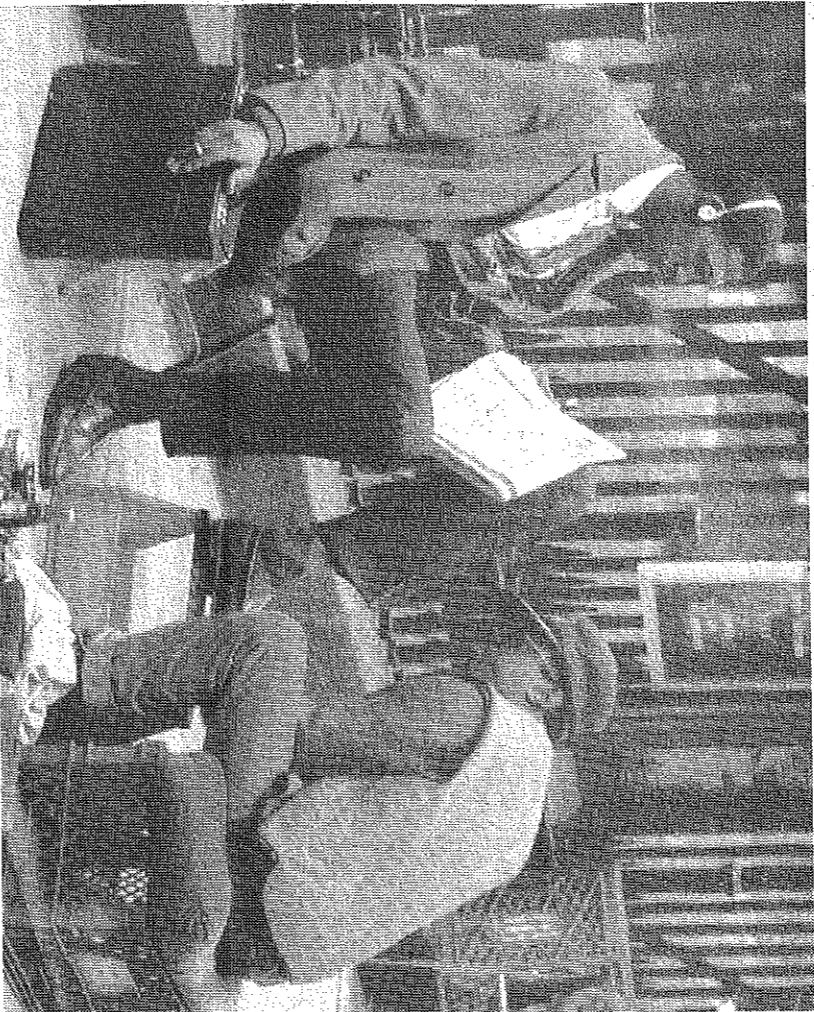
Sogar von denjenigen, die zur Wahl gegangen sind, sagten zwei von drei Befragten, sie seien mit den bestehenden Wahlmöglichkeiten nicht zufrieden. Bei Umfragen sagen 60%, daß sie eine andere Partei haben wollen.“

Das macht deutlich, wie groß das Potential für den Aufbau einer Massenpartei der Arbeiter aus den Gewerkschaften heraus ist. Im Juni diesen Jahres wurde mit der Gründung der Labor Party, die die Unterstützung von neun Einzelgewerkschaften erhielt, ein erster Schritt in diese Richtung getan.

Jetzt kommt es darauf an, daß die Führung des AFL-CIO mit der Demokratischen Partei bricht und die Labor Party eigene Kandidaten gegen die Republikanern aufstellt. Das könnte endlich eine wirkliche Alternative zur rassistischen und antisozialen Politik der bürgerlichen Parteien darstellen.



Clinton und Dole im Wahlkampf



## Beliebter Witz in den USA:

Zwei Manager unterhalten sich in einem Restaurant über das „Jobwunder“. „Ist es nicht toll, daß Clinton so viele neue Jobs geschaffen hat?“ Sagt der Kellner, der zufällig mitgehört hat: „Ja, toll. Und ich hab' gleich drei davon.“

Oberflächlich betrachtet, scheint die Bilanz der ersten Amtsperiode des William Clinton hervorragend zu sein: Ein biblischen Wirtschaftsaufschwung seit 1992, Senkung des Haushaltsdefizits auf „nur“ 107 Milliarden Dollar und vor allem das „Jobwunder“, die Senkung der offiziellen Arbeitslosenquote von über 7 auf 5,6 %.

## Living in the USA

- 4,4 Millionen Arbeitsplätze haben die größten 500 US-Konzerne von 1980-93 vernichtet
- 42 Millionen Amerikaner sind ohne Krankenversicherung
- Der durchschnittliche Wochenlohn ist von \$438 im Jahr 1979 auf heute \$384 gesunken
- Der Anteil der Unternehmenssteuern am Steueraufkommen ist von 1950-92 um 72% gefallen

## „Jobwunder“?

Bei genauer Betrachtung relativiert sich allerdings das viel gepriesene „Jobwunder“. Der Ökonom Thurrow rechnet vor, daß real 28 Prozent (über 35 Millionen!) Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt sind. In der Amtszeit von Clinton sind zwar neue Jobs geschaffen worden, aber nur welche auf McDonalds-Niveau, ohne soziale Absicherung, mit miserablen Arbeitsbedingungen und Löhnen. Laut ILO (UNO-Arbeitsor-

ganisation) arbeitet fast jeder fünfte zu Löhnen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Um bei Stundenlöhnen von 5-6 \$ überleben zu können, müssen viele dieser „working poor“ (arbeitende Arme) gleich zwei oder drei Jobs annehmen.

Die Schere zwischen Arm und Reich ist heute so groß wie seit mindestens 60 Jahren nicht mehr. Während die Profite der Bankiers und Aktionäre während Clintons erster Amtszeit um 75% gestiegen sind, fielen die Löhne und Gehälter trotz Aufschwung im selben Zeitraum um 4,6%.

Vor allem Alleinziehende und Angehörige von Minderheiten rutschen immer weiter ins Elend ab. Fast 40 Millionen Menschen und jede dritte afro-amerikanische Familie lebt unter der offiziellen Armutsgrenze.

## Mangel an Alternativen

Die große Masse der Arbeitenden oder arbeitslosen Menschen in den USA ist also keineswegs zufrieden mit den bestehenden Verhältnissen. Warum wurde Clinton dann trotzdem mit einer deutlichen Mehrheit wiedergewählt? Der Grund ist, daß es keine Alternative gab. Die Republikaner verteten im Großen und Ganzen dieselbe Politik,

Immer mehr Wirtschafts- und Finanzexperten warnen vor einem drastischen Kurseinbruch an den internationalen Börsen. Darunter auch der Milliardenspekulant George Soros, der 1992 maßgeblich mit daran beteiligt war, das Europäische Währungssystem EWS zu sprengen.

## Angela Bankert

Schon der Zusammenbruch der mexikanischen Währung 1995 löste Pank auf den internationalen Finanzmärkten aus und führte zu Kursrückgängen. Damals schritten der Internationale Währungsfonds IWF und die US-Regierung eilig das mit 50 Milliarden Dollar große Rettungspaket für ein einzeln Land, um einen größeren Crash zu verhindern.

Noch erhebliche größere Risiken gehen derzeit vor allem von Japan aus. Seit 1992 dümpelt die japanische Wirtschaft in der schwersten Flaute der Nachkriegszeit. Umgerechnet 940 Milliarden DM ließ sich die japanische Regierung die Ankerbelung der Wirtschaft in den vergangenen vier Jahren kosten.

Die Zinsen wurden neunmal gesenkt - doch ohne sichtbaren Erfolg. Wie ein Mühlstein liegen die Schulden aus dem Aufschwung der 80er Jahre um den Hals der japanischen Wirtschaft. Der Boom war vor allem durch überhöhte Aktien- und Immobilienpreise in Gang gehalten

worden. Als diese Spekulationsblase platzte, blieben Banken und Konzerne auf dem Berg überbewerteter Aktien und Immobilien sitzen.

## Japans Bankenkrise

Besonders Japans Bank- und Finanzhäuser, die zu den größten der Welt gehören, stehen auf wackeligen Beinen. Schon im Frühjahr 1995 gab es hinter den Kulissen eine internationale Rettungsaktion für „das am Rande des Zusammenbruchs seines Bankens und Finanzsystems“, stehende Japan, so der Chefökonom der Deutschen Bank in Tokio, Kenneth S. Curtis (Handelsblatt 4.11.96). Daran beteiligten sich die US-Regierung (Japan finanziert auch die US-Staatsdefizite mit) sowie die Notenbanken führender Industrienationen mit einem ganzen Maßnahmenbündel - vom Absenken des Yen-Kurses durch Eingreifen der Notenbanken bis zum Einräumen einer Reserve von 500 Milliarden Dollar durch die US-Zentralbank an Tokio.

Im November 1996 wurde in Japan erstmals von staatlicher Seite eine Bank geschlossen, weil sie hoffnungslos überschuldet ist: die betroffenen Hanwa-Bank ist das fünfgrößte Bankhaus Japans.

Mit 800 Milliarden Dollar Leistungsbilanzüberschuß ist Japan der mit Abstand größte Kapitalgeber der Welt. Weitere Ban-

## Folgen

Davon sind zwar zunächst vor allem die Spekulanten im globalen Casino-Kapitalismus betroffen. Doch die Folgen eines Börsenkrachs, der auch die Realwirtschaft in eine tiefen Rezession ziehen wird, hat letztlich die Masse der Bevölkerung zu tragen: Firmenzusammenbrüche und Stellenabbau, staatliche Sanierungsmaßnahmen auf Sanierungsgeldern, Verluste für Kleinanleger sowie für jene, die zur Sicherung ihrer Rente in Pensionsfonds und private Investmentfonds einzahlen. Auch das Kapital dieser Fonds wird an den Börsen angelegt.

Die aufgeblähten internationalen Finanzmärkte sind ein Symptom für das kranke System der kapitalistischen Marktwirtschaft. Statt den gesellschaftlichen erwirtschafteten Reichtum sinnvoll zu investieren, wird er voll zu investieren, wird er Großteil aus Profitgründen in kurzfristige Finanzgeschäfte ange-

legt. Die Marktwirtschaft ist nicht das „Ende der Geschichte“, wie manche ihrer Propheten nach dem Zusammenbruch des östlichen Systems behaupteten. Vielmehr würden Börsenkrach und Wirtschaftskrise das Ende der Illusionen in die Segnung der Marktwirtschaft einläuten.



# Französisch reden in ganz Europa!

Vom 15. April bis zum 15. Juni 1997 werden Märsche von Erwerbslosen aus möglichst vielen europäischen Ländern nach Amsterdam ziehen. Dort findet Mitte Juni der EU-Regierungsgipfel zur Europäischen Währungsunion statt. Abschluß ist eine europaweite Demonstration zum Zeitpunkt des EU-Gipfels in Amsterdam.

## Ulf Petersen, Mitglied im Euromarsch-Sekretariat Dtschl.

Auf den Marsch-Etappen finden lokale Aktionen gegen den europaweiten sozialen Kahl-schlag statt. Die Kampagne beginnt mit einer Konferenz in Brüssel am 22./23. Februar und einem europaweiten dezentralen Aktionstag am 15. April. Eine deutsche Auftaktkonferenz gibt es am 14./15. März in Mannheim. Auf diesen Konferenzen können die UnterstützerInnen

der Kampagne Erfahrungen und Meinungen austauschen, um so die weitere Vernetzung des Widerstands zu erleichtern.

Am 30. November trafen sich in Brüssel ca. 50 VertreterInnen von Arbeitslosen-Organisations, Initiativen und Parteien zum dritten europäischen Vorbereitungstreffen für den Euromarsch. Die SAV hat dort als Vertreterin des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI) zwei Vorschläge eingebracht:

1. Die Gewerkschaften sollten aufgefordert werden, vor dem Amsterdamer Regierungsgipfel eine Aktionswoche gegen den mit den Mastrichter Verträgen verbundenen Sozialabbau zu organisieren. Diese Aktionswoche sollte umfassende Proteste und Streikaktionen in den einzelnen Ländern beinhalten, mit einem eintägigen europaweiten Generalstreik als Höhepunkt.
2. Die europaweite Demon-

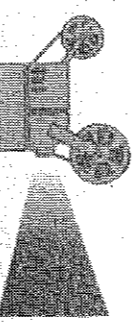


„Tous ensemble“ – Alle gemeinsam – war das Motto der französischen Streibewegung im vorigen Winter.

stration in Amsterdam sollte als Gegenmobilisierung zum EU-Gipfel einen weit höheren Stellenwert in der Kampagne bekommen.

Beide Vorschläge wurden von einer Reihe der Teilnehmer positiv aufgenommen. Verbündet wird der endgültige Aufruf auf der Konferenz in Brüssel im Februar.

## Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung



## Filmtip

### „Michael Collins“



„Michael Collins“, Regie: Neil Jordan; mit Liam Neeson, Alan Rickman, Julia Roberts. Kinostart in Deutschland: 20. Januar

Michael Collins war ein Kämpfer für die Unabhängigkeit Irlands vom britischen Imperialismus und ein Mitbegründer der IRA. Der Film von Neil Jordan über diese historische Figur hat in Britannien und Irland große Debatten ausgelöst. Er spielt vor dem Hintergrund der turbulenten Ereignisse zwischen 1916 und 1921, die zur Teilung Irlands und dem Beginn des Bürgerkriegs führten und noch heute das politische Geschehen bestimmen.

Den Film und seine historischen Hintergründe bespricht für uns Alan Bermingham, Dublin, von der Sozialistischen Partei (Schwesterorganisation der SAV).

Als Film ist Michael Collins ein äußerst unterhaltsamer und temporeicher Actionstreifen, ein

man (der Sheriff von Nottingham in Robin Hood). Er verfolgt das Ziel eines unabhängigen irischen Staats auf dem Verhandlungsweg, das er auf Collins Kosten erreichen will, wie der Film andeutet.

Die Briten stimmen Verhandlungen zu, und Collins wird von De Valera mit der Leitung der irischen Delegation nach London beauftragt. Die Verhandlungen ziehen sich hin, das irische Lager ist gespalten.

Die britische Regierung droht mit totem Krieg. Collins und seine Delegation akzeptieren einen unabhängigen irischen Staat mit 26 Grafschaften, ohne den Norden. De Valera und seine Anhänger nehmen diesen Vertrag nicht hin. Ein blutiger Bürgerkrieg beginnt. Collins wird in einem Hinterhalt ermordet, der auf De Valera zurückgeht, wie der Film nahelegt.

Die Diskussionen über den Film drehen sich vor allem um die historische Rolle von Collins und De Valera. Der Film erklärt nicht, warum ein zweiter Staat im Norden gebildet wird. Der Teil des Vereinigten Königreichs bleibt, und wie es möglich war, daß eine kleine, schlecht ausgestattete Guerilla den Briten nach 700 Jahren Herrschaft in Irland das Zugeständnis einer unabhängigen Republik Stirland abringen konnte.

Die wirkliche Geschichte ist viel spannender und lehrreicher. Anfang des Jahrhunderts hatte sich eine Bewegung der neu entstandenen Arbeiterklasse und der kleinen Bauern gegen Kapitalismus, Großgrundbesitz und Imperialismus entwickelt. Es gab ausgedehnte und langwierige Streiks, Aussperrungen, Landbesetzungen, Generalstreik im Norden wie im Süden des Landes, auf dem Höhepunkt die Bildung von Arbeiterräten, der berühmteste in der Stadt Limerick 1919. Doch die Führung der Sozialisten hatte nach dem Tod des Gründers Connolly kei-

Ein erstes deutsches Vorbereitungstreffen hat am 31. Oktober in Hannover stattgefunden. Eine Reihe regionaler Arbeitslosen-Gruppen, die PDS, das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden, die Grünen, die SAV, der Revolutionär-Sozialistische Bund, die sozialistische Gewerkschaftszeitung Express sowie die Sozialistische Zeitung

SoZ waren vertreten. Das Folgetreffen findet am 12. Januar in Hannover statt. Die französische unabhängige Gewerkschaft SUD unterstützt den Euromarsch politisch und praktisch. Von den übrigen europäischen Gewerkschaften gibt bisher positive Reaktionen, aber noch kaum offizielle Unterstützung.

re klare Haltung zur nationalen Frage. Sie hielt sich und die Bewegung zurück, nach dem Motto „Die Arbeiterbewegung muß warten“, bis die nationale Frage gelöst ist. Labour verzichtete zugunsten der nationalistischen Sinn Fein auf die Teilnahme an den Wahlen, was Sinn Fein einen großen Wahlsieg sicherte. Im Norden gewannen protestantische Sektierer an Boden mit der Behauptung, ein unabhängiger irischer Staat würde von Rom regiert, zu Lasten der Pro-

testanten. So gelang dem britischen Imperialismus die Teilung des Landes, in Zusammenarbeit mit den Bossen der Nordprovinzen, mit Zustimmung von Collins und der neu entstehenden irischen Kapitalistenklasse. Die Errichtung von zwei undonokraatischen Staaten auf religiös-sektiererischer Grundlage war eine schwere Niederlage für die Arbeiterbewegung, für die sie bis heute zahlt.



## „Die Globalisierungsfalle“

Ein interessantes Buch zur Standort-Debatte haben die Spiegel-Redakteure Hans-Peter Martin und Harald Schumann vorgelegt. Sie widerlegen die Behauptungen, daß Lohnverzicht Arbeitsplätze schaffen würde. Die Globalisierungsfalle deckt auf, wie die Erpressung mit dem Arbeitsplatzargument funktioniert. Sie zeigen, wie die Kapitalisten weltweit auf der Jagd nach hohen Renditen sind, wie die aufgebblähten Finanzmärkte immer mehr den Weg bestimmen.

Die Autoren machen deutlich, daß die Zerstörung der Sozialsysteme letztendlich auch die Zerstörung der parlamentarischen Demokratien ist und die Gefahr autoritärer Regime auf den Aufstieg nationalistisch-rassistischer Bewegungen wie der österreichischen FPÖ als Reaktion auf die Massenarbeitslosigkeit.

Doch so spannend und informativ wie Teile des Buches sind, bei der Darstellung einer Alternative zum Sozialabbau-Strudel bleiben Martin und Schumann schwach. Nachdem sie die Funktionsweise des Kapitalismus beschrieben haben,

## Schweiz

15.000 Bauern protestierten vor dem Parlament mit Knallkörpern und Brechstangen gegen Einkommensverluste, gefolgt von 35.000 Gewerkschaftlern gegen ein geplantes Arbeitsgesetz mit flexiblen Arbeitszeiten, auch an Sonntagen.

Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Realinkommen, gedrosselte Staatsausgaben, Angriffe der Unternehmer - auch die Schweiz ist kein Hort der Stabilität mehr. Die seit 1992 anhaltende Wirtschaftskrise mit Nullwachstum in 1996 führte zu Firmenschließungen und Stellenabbau, sogar bei den Banken. Schweizer Wirtschaftsexperten sagen einen Lohnabbau von 15% in den nächsten vier Jahren voraus.

Auf wachsende soziale Unruhen bereitet sich offenbar auch die Schweizer Armee vor. Trotz ihrer Struktur als angeblich vollknappe - Militärrarmee führe sie eine „Alarmübung“ durch, bei der das Szenario darin bestand, der Polizei gegen demonstrierende Bauern und streikende Bahnangestellte beizustehen.

## Spanien

150.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben am 23. November in Madrid gegen den Spatkurs der konservativen Regierung Aznar protestiert. Die Regierung hatte u.a. beschlössen, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst einzufrieren, um die Kriterien des Mastrichter-Vertrages zu erfüllen. Die Kundgebung war der vorläufige Höhepunkt eines Aktionsmonats, an dem sich 650.000 Gewerkschafter beteiligten. Antonio Gutierrez, der Chef der größten spanischen Gewerkschaft CCOO, kündigte einen Generalstreik an, falls die Regierung ihre Pläne nicht zurücknimmt.

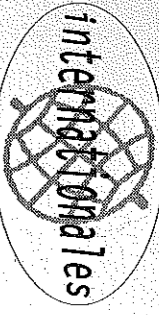
## Global fatal

Fast ein Milliarde Menschen sind weltweit arbeitslos oder unterbeschäftigt, und die Zukunftsaussichten auf den globalen Arbeitsmarkt bleiben schlecht. Dies ist das Ergebnis eines im November veröffentlichten Berichts der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Vereinten Nationen.

## Türkei/

## Griechenland

In Zeiten verschärfter nationalistischer Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland haben sich linke Organisationen beider Staaten zu einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung in Athen getroffen: die kritisch gegründete türkische ÖDP (Partei für Freiheit und Solidarität), vier kommunistische Parteien und Allianzen Griechenlands sowie Xekentima, die griechische Schwesterorganisation der SAV. Es gab Gegeneinladungen in die Türkei und den Vorschlag einer Konferenz linker Parteien aus Griechenland, Zypern und der Türkei.



# Was will die SAV?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jeder macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmer und Regierung zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre scheitern vor konsequenter Gegenwehr zurück. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist.

Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden, Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf.

Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer „Utopie“.

Deshalb wurde 1994 die SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV) von GewerkschaftlerInnen, linken SPD und PDS-Mitglieder um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet.

## Wofür wir kämpfen

Unsere Forderungen orientieren sich nicht daran, was Daimler Benz und die Deutsche Bank brauchen, sondern was für die Menschen notwendig und sinnvoll ist. Und was bei planmäßigem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft machbar wäre.

### Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente, usw.) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze für jeden und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf

### Wohnen

- ★ Sofortiger Mietenstop und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklerfähigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

### Soziales

- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohlenregierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits-

ker, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen.

## Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verbauen. Wir organisieren Gegenwehr, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltschädigung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen.

Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

## Solidarität

Weil die kleine Minderheit aus Unternehmern die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten.

Wir müssen uns gemeinsam wehren: ArbeiterInnen, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, Jung und alt.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“, zusammengeschlossen.

Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen - die große Mehrheit hat sich dem zu fügen. Eine Minderheit besitzt die

Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50% der Weltbevölkerung an Einkommen haben.

Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international.

All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

## Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Osteuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet und in Gemeingut überführt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

Es tut sich nichts außer wir tun es! Mach mit bei der SAV!

- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

### Arbeiterbewegung

- ★ Für kämpferische, demokratische Gewerkschaften
- ★ Nein zum Bündnis für Lohnverzicht und Arbeitslosigkeit
- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

### Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung. Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichem Facharbeiterlohn

# Spendenfonds

Kohl und Kapital machen keine Winterpause bei ihren Sozialisierungen. Wir müssen uns auf kalte Monate einstellen. Also: Neben Informationsständen kann man auch abends durch die Stadteil-Kneipen ziehen und dort das Gespräch suchen, Unterschriften sammeln, Zeitungen anbieten und Spenden sammeln.

Zweiter Schwerpunkt: Unser Spendenappell zum Jahresende. Alle SAV-Sympathisanten, Freunde und Bekannte sollten besucht werden, um mit ihnen über unsere Arbeit und unsere Ziele zu reden. Jeder/Jede sollte nicht nur nach einer großzügigen Spende gefragt werden, sondern auch ob erste mitmachen will.

Aus dem Spendenappell zum Jahresende 1996: „Die SAV hat 1996 eine wichtige Rolle gespielt. Gegenwehr zu organisieren. Wir haben als Teil des Bündnis Sternmarsch gegen Sozialabbau die Großdemonstration am 15. Juni in Bonn mitangestoßen und dabei öffentlichkeitswirksam die unsägliche „Bündnis Arbeiter(s)losigkeit“-Politik der Gewerkschaftsspitzen kritisiert; wir haben uns seit April massiv für einen Generalstreik gegen Kohl und Kapital eingesetzt. Wir haben Kämpfe vor Ort geführt: Unterstützung für den Kampf gegen Betriebsverlagerung in Köln, Kampagnen gegen Kürzungen in Berlin und

Aachen, neuer Mieterkampf gegen Privatisierung in Bremerhaven und einiges mehr. Diese Arbeit kostet Geld (für Plakate, Flugblätter, Telefongebühren, Mieten für Büros, ...). Wir bekommen keine Staatsknete oder Unternehmenspenden. Wir sind eine Organisation von einfachen Leuten - ArbeiterInnen, Arbeitslose, Azubis, Schüler, Studenten, Rentner - und finanzieren uns nur durch Beiträge und Spenden von denen, die oft selbst zu wenig Geld haben.

### Spendenkonto

Konto-Nr. 2500 59-430  
Postbank Essen  
(BLZ 360 100 43)

### Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

**Berlin**  
OG Treptow: Montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, Defregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park  
OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jabloonskistr. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee  
OG Wedding: Donnerstags 19 Uhr, Linkstreif Wedding, Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz  
Infos unter 030 / 4408429 im SAV-Büro

**Stuttgart**  
OG Mitte: Mittwochs, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9  
OG Süd-West: Mittwochs 18.30 Uhr, Jugendhaus Heslach (Böbinger Str. 92)  
Infos im SAV-Büro  
Tel.: 0711/2238823

**Aachen**  
OG Ost: Montags, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233  
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Aalbertsteinweg 233  
Infos im SAV-Büro  
Tel.: 0241/50 8685

**Siegen**  
Freitags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 18 (beim oberen Schloß)  
Infos unter 0271/51291

**Bremerhaven**  
Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hatenstr. 64  
Infos über Themen unter Tel.: 04 71 / 41 75 48

## Impressum

Überregionale, marxistische Monatszeitschrift seit 1973  
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert  
Erscheinungsweise: Monatlich  
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.  
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln  
Telefon 02 21 / 13 45 04 oder 13 46 04  
Telefax 02 21 / 13 72 80  
e-mail: SAVBUND@AOL.com  
Bankverbindung: Postgrosbank Essen (BLZ 360 100 43)  
Konto-Nr. 2500 59-430

## Werde Mitglied der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
  - Ich möchte Mitglied der SAV werden.
- Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:  
Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln  
Infofonen 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

## ABONNIERT VORAN!

- zehn Ausgaben zu 25,- DM
- zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 50,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgrosbank Essen, BLZ: 360 100 43,  
Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abb.-Verlängerung  
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

# 12. Januar - Wir fahren nach Berlin

Der Todestag von Luxemburg und Liebknecht ist nach dem 1. Mai und neben dem internationalen Frauentag der wichtigste traditionelle Termin in der deutschen Arbeiterbewegung. Im Hitlerfaschismus verboten, im DDR-Stalinismus von der Diktatur für sich vereinnahmt, finden Kundgebung und Demonstration seit 1924 Jahr für Jahr statt. Einhunderttausend Sozialistinnen und Sozialisten kamen im vergangenen Jahr an diesem Tag zusammen und sendeten ein deutliches Signal nach Bonn und in die Chefetagen der Konzerne. Der Kapitalismus hat nicht gewonnen, er ist nur übergeblieben. Die Idee des Sozialismus lebt, und wir sind viele und werden mehr!

Diese Botschaft ist bei den Regierenden angekommen: Im letzten Jahr wurde die Demonstration und Gedenkfeier zum ersten Mal von der Polizei gesprengt. Deshalb gilt es

**Gedenkfeier für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am Sonntag, den 12.1.1997 an der Gedenkstätte für Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde**

**8.30 Uhr SAV-Infostände beim Ausgang vom S-Bahnhof Lichtenberg auf dem Weg zur Gedenkstätte (nach 500 Metern)**

**9.15 Uhr Treffpunkt für den SAV-Block auf der Demonstration: Platz der Vereinten Nationen (Leninplatz)**

**14.30 Uhr SAV-Großveranstaltung (der Ort stand bis zum Redaktionsschluß noch nicht fest. Bitte bei SAV Berlin erfragen, Tel.: 030 / 4408429)**

1997 noch massenhafter zu erscheinen und die Gedenkfeier vor polizeilichen Übergriffen zu schützen.

Der SAV-Bundesvorstand ruft auf, am 12. Januar nach Berlin zu reisen und an der Demonstration und Gedenkfeier teilzunehmen. Unter dem Motto „Sozialismus ist notwendig geworden“ werden wir zum ersten Mal seit der Gründung der SAV vor über zwei Jahren einen bundesweiten Block auf einer Demonstration bilden und im Anschluß an die Feierlichkeiten eine SAV-Großveranstaltung in Berlin durchführen. Daran beteiligen wird sich auch eine Delegation der Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV), der österreichischen Schwesterorganisation der SAV.

Die SAV-Ortsgruppen organisieren Fahrmöglichkeiten. (Telefonnummern für weitere Infos siehe Seite 10).



## Nicht zuletzt auf Initiative der SAV gab es zum ersten Mal seit der Wende in Rostock 1996 wieder eine 1. Mai-Demonstration Mehr über die SAV

Regelmäßigen VORAN-Leserinnen werden einige Änderungen gegenüber den vorhergehenden Ausgaben aufgefallen sein. Wir drucken die VORAN nicht mehr auf einem Copyprinter sondern in einer Druckerei und auf Zeitungspapier. Diese Qualitätsverbesserung hat natürlich ihren Preis. (Siehe deshalb auch Rubrik Spendentfond, Seite 10).

Mit dieser Ausgabe haben wir außerdem eine Seitenumstellung vorgenommen. Auf den Seiten 10 und 11 informieren wir über die SAV, eine Kurzfassung unseres Programms und unserer Forderungen, Termine und Telefonnummern der SAV-Gruppen in den verschiedenen Städten und - sehr viel ausführlicher als bisher - über die praktische Arbeit der SAV vor Ort und bundesweit. Wir wollen einen Eindruck von unserer Aktivitäten vermitteln und zum Mitmachen einladen.

## Bundesweites Treffen am 22. 2. 97 „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“

Am Samstag, den 22. Februar 1997, findet das 2. bundesweite Treffen des „Netzwerks“ statt. Dort wird über den Zustand der ÖTV nach dem Gewerkschaftstag und die Möglichkeiten diskutiert, mehr Druck von der Basis gegen Lohnraub, Stellenabbau und Privatisierung zu machen. Das Treffen soll auch dem praktischen Erfahrungsaustausch kritischer Kolleginnen dienen.

Das Treffen wird in Kassel oder Hannover stattfinden, bis Anfang Januar

## Neuer Preis für das Abo

Seit fünf Jahren haben wir das VORAN-Abo unverändert zum Preis von 18 DM für 10 Ausgaben angeboten. Inzwischen müssen wir aufgrund der Gehaltenerhöhungen bei der Post, davon allein 15 DM für das Porto aufwenden. Wir sind daher gezwungen, den Abo-Preis auf 25 DM für 10 Ausgaben zu erhöhen. Soweit Ausgaben eines laufenden Abos bereits bezahlt sind, gilt für diese noch der alte Preis.

Wir bitten unsere Leserinnen darüberhinaus nach Möglichkeit die Herausgabe der Zeitung mit einem Förderabo zu unterstützen. Denn nur wenn ein großer Teil unser Leser mehr als den Preis von 1 DM, (bzw. 2,50 DM im Abo), bezahlt, können wir die Kosten für Druck, Büromiete, Telefonate usw. aufbringen.

steht der Ort fest. Mitte Dezember wird auch der erste Rundbrief des „Netzwerks“ erscheinen, in dem Zeitungsartikel, Anträge und sonstige Materialien aus verschiedenen Orten zusammengetragen sind.

Anmeldung für das bundesweite „Netzwerk“-Treffen, Anfragen oder Bestellung des Rundbriefes bitte an: Angelika Tewel, Querallee 13, 34119 Kassel, Tel. (0561) 16491, Fax (0561) 285339



# Aktionen für Generalstreik

Wenn Regierung und Arbeitgeber mit dem Sparhammer zuschlagen reichen Demonstrationen als Gegenwehr nicht mehr aus.

Neben Aktionen gegen kommunale Kürzungen, Protesten gegen Streichungen im Bildungsbereich, Demonstrationen gegen Nazis und Kampagnen für Ausbildungsplätze, war deshalb die Forderung nach einem einseitigen Generalstreik Schwerpunkt der Arbeit der SAV im vergangenen Jahr. Ein Rückblick von Kim Opgenoorth:

Als am 28. April 40.000 Verkäuferinnen in Bonn gegen die Verlängerung der Ladenschlußzeiten demonstrierten, standen die Kolleginnen zeitweise am SAV-Stand Schlange, um mit ihrer Unterschrift die Forderung nach einem Generalstreik zu unterstützen, so groß war die Zustimmung. Auch bei den Demonstrationen am 1. Mai und den Warnstreiks der ÖTV hat fast jeder der Angesprochenen unterschrieben.

Auf dem DGB-Sozialgipfel im Mai in Köln haben Kölner SAV-Mitglieder zusammen mit anderen Gewerkschaften 2000 Unterschriften an den DGB übergeben. Die Antwort des DGB-Vereiters: „Erst mal die geplanten Protestaktionen abwarten“. Auch auf der Demonstration der 350.000 in Bonn am 15. Juni haben wir Unterschriften für Generalstreik gesammelt, nochmal verbunden mit der Warnung, daß Demos allein das Sparpaket nicht stoppen würden. Kolleginnen aus der Gießerei von VW-Kassel hatten die Generalstreiks-Forderung aufgegriffen. Ihr Transparenz stand vorn neben der Red-

nerbühne und war am nächsten Tag in mehreren großen Tageszeitungen zu sehen. Auch in anderen Betrieben waren Forderungen in Richtung Generalstreik aufgekommen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mecklenburg-Vorpommern schloß sich unserer Forderung an. Vom DGB Greifswald wurde eine Veranstaltung mit 70 Teilnehmer\*innen organisiert. Thema: „Wie können wir den Generalstreik durchsetzen?“

Wütende Gewerkschafter riefen Anfang September beim Rostocker DGB-Chef an und forderten seinen Rücktritt. Zuvor hatte das Fernsehen die SAV-Rostock auf den örtlichen DGB übertragen. In derselben Sendung hatte der DGB-Chef in einem Interview inhaltlich erklärt, daß er das Mittel des Generalstreiks ablehnt, weil für ihn nicht ersichtlich sei, gegen wen sich der Generalstreik denn richten solle. Für die Anrufer und die Basis der Gewerkschaften dagegen ist die Adresse klar.

Und im Juni, nach der Böhmer Demo, gab es sogar eine Schallkonferenz zwischen Vertretern aller DGB-Gewerkschaften auf der die Frage diskutiert wurde, „ob es am 27.6. zu einer flächendeckenden, betrieblichen und öffentlich erkennbaren gemeinsamen Aktion der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommen kann.“

Mit fadenscheinigen Begründungen wurde diese generalstreikähnliche Aktion aber verworfen. Standessen wurden im September nochmal regionale Demonstrationen hintertersoben.

Unsere Warnung, daß das Sparpaket mit Demonstrationen allein nicht gestoppt würde, wurde leider mit dessen Verabschiedung im September bestätigt. Dagegen wurde die ab 1. Oktober geplante Kürzung der

Lohnfortzahlung in ethischen Metallbetrieben, u.a. bei Daimler-Benz, durch kurze entschlossene Streiks verhindert.

### Streikwaffe

Kann es einen besseren Beweis für die Wirksamkeit der Streikwaffe gegen die Willkür der Unternehmer geben? Die ÖTV-Aachen beschloß auf unserer Initiative einen Generalstreik zur Verteidigung der Lohnfortzahlung vorzuschla-

## Keinen Fußballbreit den Faschisten!

Am 9. November 96 demonstrieren 250 Antifaschisten in einem kleinen Dorf namens Eschweiler-Dürwiß (in der Nähe von Aachen).

Dort hat sich vor einigen Monaten Manfred Rouhs niedergelassen, der einer der führenden Köpfe in der deutschen Naziszene und der Herausgeber der rechtsradikalen Zeitung „Europa vom“ ist. Rouhs beabsichtigt in Dürwiß ein Nazizentrum mit überregionaler Bedeutung aufzubauen. Im Oktober 96 fand auf seinem Anwesen ein Nazitreffen mit mehr als 200 Teilnehmern statt.

Für den 11. November hatten die Nazis über Internet zu einer nationalen Großkundgebung in der Region Aachen aufgerufen. Aus diesem Grund zogen an die-



Nicht zuletzt die brutalen Kürzungen im Gesundheitswesen zeigen, daß die Forderung nach wie vor aktuell ist. Diese Kürzungen betreffen 70 Millionen Versicherte bzw. Mitarbeiter\*innen. Der Kampf muß auch 1997 unter dem Motto stehen, mit dem die französischen Kollegen im letzten Jahr gegen die Kürzungspolitik der Regierung gekämpft haben: „Tous ensemble - Alle gemeinsam“.

JRB) und die Sozialistische Alternative (SAV) haben gemeinsam mit anderen Gruppen zu der Demo mobilisiert und mit Liedern und Sprechchören für eine gute Stimmung trotz eisiger Kälte gesorgt.

In Dürwiß ist die Stimmung klar gegen Rouhs. Zwei Tage nach der Demonstration hat sich eine Bürgerinitiative gegen das Nazizentrum gegründet. Auf dem Gründungstreffen waren 200 Leute aus Dürwiß und haben diskutiert, wie sie weiter gegen Rouhs & Co. vorgehen. JO/JRE und SAV werden die Dürwißer im Kampf gegen das Nazizentrum weiter unterstützen.

**Olaf, SAV Aachen**

# VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 186 Dezember/Januar 1996/97

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der  
**SAV**  
Sozialistische Alternative

# Sozialismus ist Notwendigkeit geworden ...

Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich ist heute größer als je zuvor: 358 Milliarden besitzen mehr als das gesamte Jahreseinkommen der Hälfte der Weltbevölkerung. Fast eine Milliarde Menschen, ein Drittel der arbeitfähigen Weltbevölkerung sind arbeitslos oder „arbeitende Arme“, die arbeiten, aber nicht genug Geld zum Leben verdienen. 35.000 Menschen verhungern jeden Tag.

700 Milliarden Dollar werden jährlich für Rüstung ausgegeben. Nur 28 Milliarden Dollar würden ausreichen, um allen Kindern der Welt eine einfache, aber ausreichende Ernährung, sauberes Wasser und Gesundheitsversorgung zu finanzieren. Im Dezember 1918 stellte Rosa Luxemburg fest:

„Sozialismus ist notwendig geworden, nicht bloß deshalb, weil die Arbeiterklasse unter den Lebensbedingungen nicht mehr zu leben gewillt ist, die ihr die kapitalistischen Klas-

sen bereiten, sondern deshalb, weil, wenn die Arbeiterklasse nicht ihre Pflichten erfüllt und den Sozialismus verwirklicht, uns allen zusammen der Untergang bevorsteht.“ (Rede zum Programm auf dem Gründungsparlament der KPD)

Vier Jahre hatte zuvor das Massenmorden des ersten Weltkriegs gedauert, von Banken, Rüstungskonzernen und Politikern organisiert. Millionen junger Männer waren gezwungen worden, sich gegenseitig umzubringen. Die Menschen in Europa hungerten, während die Reichen auf Champagnerparties

ihre Kriegsprofi feierten. Dezember 1918: Revolution in Deutschland. Soldaten, Arbeiterinnen und Arbeiter stoppen den Kriegswahnsinn und stützen den Kaiser. Ihr Ziel: die Abschaffung des Kapitalismus, denn sie wollen keine Kriege, keinen Hunger und keine Unterdrückung mehr.

Die SPD-Führer haben keinen Widerstand gegen den Krieg organisiert, sondern sich mit Kohl und Kapital verbündet. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht dagegen liebten sich im Kampf für den Sozialismus auf keine faulen Kompromisse ein. Deshalb wurden sie im Januar 1919 von rechtsextremen Offizieren mit Unterstützung der SPD-Führung ermordet.

„Sozialismus ist Notwendigkeit geworden“ – das gilt heute mehr noch als 1918. Kapitalismus heißt: das Chaos des Weltmarktes, Raubbau an Mensch und Natur, gewaltige Privilegien für eine kleine reiche Minderheit. Unternehmerprofite sind alles, unsere Bedürfnisse



## PDS – Erbin von Karl und Rosa?

Mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden jedes Jahr im Januar zwei Menschen geehrt, deren Name für immer mit dem Kampf um Sozialismus verbunden bleibt. Daß sozialistische Ideen heute nicht veraltet sind, zeigt die große Teilnehmerzahl an der Berliner Luxemburg/Liebknecht-Ehrung. Doch dies ist den Herrschenden ein Dorn im Auge. Deshalb ist 1996 die Polizei willkürlich gegen TeilnehmerInnen des Demonstrationzuges zur Gedenkstätte vorgegangen und, mit dem Ziel, die Demonstration zu kriminalisieren und einzuschüchtern.

Anje Zander, SAV Berlin



Rosa Luxemburg

Das gleiche ist auch für 1997 zu erwarten. Notwendig ist es deshalb, offensiv zu dieser Demonstration aufzurufen, vor politizellischer Schikane zu warnen und den Schutz der Demonstration zu organisieren. Der Berliner PDS-Landesvorstand hat jedoch beschlossen, sich in diesem Jahr nicht an der Vorbereitung der Demonstration zu beteiligen. Er will nur die Verantwortung für diejenigen übernehmen, die häufig eine stillere Form des Gedenkens an Karl und Rosa bevorzugen.“

Doch für Sozialisten kann es nicht ausreichen, Luxemburg und Liebknecht still für ihre Ideen, politische Prinzipien-

stigkeit und ihren Kampfgest zu ehren. Notwendig ist es vor allem, ihr politisches Erbe zu verstehen und auf die heutige Zeit anzuwenden. Das gilt vor allem für die PDS, als die Partei, die sich selbst als sozialistisch versteht und wie 1994 im Wahlkampf Plakate mit den Abbildern von Luxemburg und Zeitkin benutzt. Verabschiedet sich die PDS mit der Distanzierung von dieser Demonstration auch von den Zielen Luxemburgs und Liebknechts?

Luxemburg wandte sich immer entschieden gegen jede Illusion von der Reformierbarkeit des Kapitalismus. Für sie war der „Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck“. Die PDS dagegen steht in ihrem 1995 verabschiedeten Thesenpapier „Sozialismus in erster Linie als „Vision“ und „Bewegung“, statt als Ziel. Statt der Errichtung einer demokratisch geplanten Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen von Mensch und Natur geht es der PDS um die „schrittweise“ Überwindung der Herrschaft des Kapitals.

Die PDS hat heute 182 Bürgemeister und 6000 Parlamentarier. Auch Liebknecht hat im Parlament gesessen. Er nutzte jedoch sein Mandat als Mittel für die politische Aufklärung gegen Krieg und Militarismus,

und trug entscheidend zur Mobilisierung von Massendemonstrationen und Streiks gegen den Krieg bei. Doch die Parlamentarier der PDS gehen mehrheitlich den umgekehrten Weg.

Nicht nur, daß sie ihr Mandat nicht nutzen, um gegen den Sozialabbau wirksamen außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. In vier Ostberliner Bezirken stellt die PDS den Bürgermeister. Doch nur einer von ihnen hat sich bisher gewei-

gert, die Sparvorhaben des Berliner Senats im Bezirk umzusetzen. In Marzahn stimmte die Bezirksverordnetenversammlung unter dem PDS-Bürgermeister Buttler im Frühsommer 96 für die Umsetzung der vom Senat geforderten Streichungen von 47 Millionen DM. Ein Jahr zuvor hatte Buttler in seiner Funktion als Sozialstadtrat die Pforten des Sozialstaats für die Privatisierung und drastische Lohnkürzungen für die Beschäftigten vereinbart. Im Mai war Buttler nicht bereit, gegen einen Neizaufmarsch zu mobilisieren und setzte obendrein Gegendemonstrationen – Jugendliche, Gewerkschafter und Antifaschisten – den Nazis gleich.

Luxemburg trat immer für den konsequenten Kampf um soziale Verbesserungen ein, verband ihn aber mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

sind nichts. Aber es gibt eine Alternative dazu, eine sozialistische Alternative: Enteignung und Entmachtung des großen Kapitals, demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse der Menschen über alle Ländergrenzen hinweg. So können Technik und Arbeitskraft vernünftig eingesetzt werden, um jedem Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern bürokratische Diktaturen. Sozialismus ist nicht leicht zu erkämpfen, aber er ist auch kein Utopie. Denn wir sind nicht wehrlos: das haben zuletzt die französischen Lastwagenfahrer gezeigt. Wir müssen uns zusammen schließen und genauso konsequent kämpfen wie damals Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und die revolutionäre ArbeiterInnen. Darum: Mac mit bei der SAV!

Ulf Petersen,  
SAV-Bundesvorstand

Siehe auch Seiten 6 und 7

Die PDS scheint sich jedoch mit der Logik der Marktwirtschaft abgefunden zu haben, d.h. sparen bei der Bevölkerung, um den Unternehmen noch mehr Profite zu sichern. Anstatt gegen den Sozialabbau zu mobilisieren, trägt die PDS ihn dort mit, wo sie in der Verantwortung steht. Oder sie protestiert zwar dagegen, mobilisiert aber selten ihre Basis bzw. AnhängerInnen dagegen.

Hauptthema innerhalb der PDS ist zur Zeit die Frage von möglichen Regierungsbeteiligungen. Klar ist, daß die konservative Regierung auf Länder- aber auch auf Bundesebene weg muß. Doch eine Regierung links von der CDU“, spricht SPD/Grüne mit Beteiligung bzw. Tolerierung von Seiten der PDS, ist noch lange kein Garant für eine andere Politik. Ganz abgesehen davon, daß sich die SPD-Politik in nichts mehr von der CDU-Politik unterscheidet, muß auch die PDS erklären, welche andere Politik sie machen möchte. In Sachsen-Anhalt unterstützt die PDS seit 2 Jahren die SPD/Grüne-Landesregierung. Im Dezember 1995 stimmte sie dem drastischen Sparhaushalt der Höpner-Regierung zu und machte damit den Weg für weitere harte Angriffe frei.

Eine Politik im Sinne von Luxemburg und Liebknecht heißt heute: keine Kürzungen um Rücknahme aller bisheriger Kürzungen, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm z.B. in Wohnungsbau und Umweltschutz, Schaffung von Arbeitsplätzen durch Arbeitszeiterkürzung bei vollem Lohn- und Personalgleich. Durchgesetzt kann diese Politik im Interesse von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, RentnerInnen und Jugendlichen nur durch eine starke außerparlamentarische Bewegung von PDS, Gewerkschaften, sozialen Initiativen und Interessengruppen. Nwer sich dieser Verantwortung stellt, kann heute von sich behaupten, das Erbe von Luxemburg und Liebknecht anzutreten



Karl Liebknecht